

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Italien-Wahl: Wie weiter nach dem Faschisten-Sieg? Seite 12

Nach Mini-Ja
zu AHV 21

Die Wut der Frauen

- Reportage von der ersten Demo.
- Rekordstart für AHV-Petition.
- Das sagt Unia-Präsidentin **Vania Alleva.**
- Die Brandrede von SP-Nationalrätin **Tamara Funicello.**

Seiten 2–5



Bau: Meister immer radikaler
Die Verhandlungen zum LMV laufen. Die Baumeister setzen auf Eskalation. Seite 7

Wählen ist ein Menschenrecht
In der Schweiz haben rund ein Viertel der Menschen politisch nichts zu sagen. Die Migrationskonferenz der Unia will das ändern. Seite 11

Mehr Geld jetzt!
Der Prämien-Schock und die Teuerung fressen die Kaufkraft. Was Gewerkschaften fordern und schon erreicht haben. Plus: 2 Seiten Tipps zum Prämiensparen. Seiten 8–9 und 16–17



workedito
Anne-Sophie Zbinden

LILAFARBENE FRISCHE

Was bleibt, ist frischer Mut. Frauenstreikduft liegt in der Luft! Das Datum steht, save the date: am 14. Juni 2023 sind wir bereit! Vor drei Jahren gingen an diesem Tag eine halbe Million Menschen auf die Strasse und tauchten die Schweiz in ein lila Farbenmeer. Der feministische Streik 2019 war kraftvoll und laut. Aber offensichtlich haben gewisse gutbetuchte Herren und Damen diesen Tag der Tage bereits

Frauenstreikduft liegt in der Luft!

wieder vergessen, wie das Ja zur AHV-Abbau-Vorlage auf dem Buckel der Frauen gezeigt hat (Seite 5). Vielleicht

braucht es nach der lila Welle jetzt eine lila Flut, für Lohngleichheit, für eine faire Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, für frauenfreundliche Arbeitsplätze ... Das Abstimmungsergebnis gibt dem Mut Schub für die Flut.

ZUVOR WAR DIE WUT. Wieder haben die Männer die Frauen überstimmt. Schon wieder müssen jene bezahlen, die ohnehin schon wenig haben: Frauen mit Tieflohnjobs. Frauen, die dazu noch den Löwenanteil der unbezahlten Care-Arbeit leisten. Und wieder haben privilegierte Männer und Frauen über Búezer und Chrapferrinnen bestimmt. Jene, die sich dank bequemen finanziellen Pólsterchen frühzeitig in die Pensionierung verabschieden können. Wieder verfügen die, welche Teuerung, Energiepreis-Explosion und jetzt auch die exorbitanten Krankenkassenprämien aus der Portokasse bezahlen, über jene, die jeden Rappen zweimal umdrehen müssen. Diejenigen Haushalte, denen bereits 100 bis 200 Franken schmerzlich fehlen und sich jetzt überlegen müssen, ob sie heizen oder essen sollen. Für 20 bis 30 Prozent der Schweizer Bevölkerung besteht die Gefahr, dass sie sich verschulden müssen. Eine «sozialpolitische Zeitbombe!», wie Caritas-Schuldenberater Lorenz Bertsch sagt (Seite 9). Die oben haben auch über die zwei Millionen Migrantinnen und Migranten entschieden, ohne die die Schweiz sozial, gesellschaftlich und vor allem auch wirtschaftlich einiges ärmer wäre. Die aber gar nicht mitentscheiden durften, weil sie politisch nichts zu sagen haben. Weil sie keinen Schweizer Pass besitzen (Seite 11).

AM ANFANG WAR DIE ENTtäUSCHUNG: Ein Jahr länger arbeiten, echt jetzt? Und damit den Frauen auch noch die Renten kürzen. Dabei fehlten nur gut 30 000 Stimmen, und das Abstimmungsergebnis wäre Grund zur Freude gewesen. Wäre die Abstimmung doch nur eine Woche später gewesen – kurz vor der Abstimmung hatte der Wind doch leicht gedreht. Aber nein, schon wieder macht die Schweiz einen Schritt in die gleichstellungspolitisch falsche Richtung. Dabei steht die Gleichstellung seit 40 Jahren in der Verfassung. Wie lange müssen wir noch warten? Wieso, himmelherrgott nochmal, geht es bei der Gleichstellung einfach nicht vorwärts in diesem Land? Aber jetzt, ein paar Tage und eine Spontandemo auf dem Berner Bahnhofplatz (Seite 3) später, wurde aus der Enttäuschung Wut – und aus der Wut fliesst frischer Mut.

Unia-Präsidentin Vania Alleva:

Ohne Druck der Strasse wird nichts gehen

«Eine Männermehrheit lässt Frauen länger arbeiten. Am letzten Sonntag haben sie den Frauen eine riesige Ohrfeige verpasst. Und die tut richtig weh: **Das Ja zur AHV-Reform bedeutet nämlich, dass die Frauenrenten gekürzt werden.** Ausgerechnet! Schon bisher haben die Frauen einen Drittel weniger Renten als die Männer. Und diese Ungleichheit wird nun noch schlimmer. Obwohl wir weit weg sind von Lohngleichheit. Und erst recht von einer gerechten Verteilung der Care-Arbeit.

Es ist bitter und skandalös

Wir müssen jetzt dringend Lohngleichheit, gleiche Renten und Gleichstellung durchsetzen. Zwar war während der Kampagne von der Gegenseite viel von vermeintlicher Gleichstellung die Rede (was für ein Hohn!), doch es ist sonnenklar: Ohne Druck von der Strasse wird sich überhaupt nichts bewegen. Deshalb tragen wir unseren Protest wieder auf die Strasse und in die Betriebe. Einen Termin dafür haben wir schon: Es ist der 14. Juni 2023. Dann jähren sich die historischen Frauenstreiks von 1991 und 2019. **Der nächste 14. Juni hat soeben begonnen! Die Diskussion rund um die AHV-21-Kampagne hat eindrücklich gezeigt, dass es um weit mehr als um das Rentenalter der Frauen geht. Es geht darum, wer wie viel verdient, wer wie viel Geld im Alter hat, wer es sich leisten kann, früher in Rente zu gehen, und wer sich bis zum Pensionsalter durchquälen muss, es geht um strukturelle Diskriminierungen.**

Der Sozialabbau der AHV 21 findet auf dem Buckel der Frauen statt. Ihre Rentenleistung wird direkt verschlechtert. Ein Teil der Männer hat sich dazu hinreissen lassen, diese Vorlage anzunehmen, weil sie ja scheinbar keinen Preis dafür bezahlen mussten. Dieser kurzfristige Egoismus wird aber nicht weit tragen. **Jetzt setzen die Bürgerlichen die Erhöhung des generellen Rentenalters auf 66, 67 und darüber hinaus auf die Tagesordnung. Insofern hat sich auch die Männermehrheit ins eigene Knie geschossen.** Bei den nächsten Altersvorsorge-Abstimmungen wird der Geschlechtergraben voraussichtlich eine etwas weniger dominante Rolle spielen – aber keineswegs verschwinden, weil die Frauen mit ihren

durchschnittlich um einen Drittel tieferen Renten weiterhin viel stärker auf die AHV angewiesen sind.

Doch wir haben die Panikmache gebremst

Trotz ihrem soliden Fundament wird die AHV schlechtgeredet – getrieben von der Banken- und Versicherungslobby, die das grosse Geschäft mit der zweiten und dritten Säule macht. Dabei ist die AHV eine faire Sozialversicherung. Sie sorgt für Sicherheit, aber auch für Umverteilung zugunsten der Schwächeren. 92 Prozent der Bevölkerung erhalten mehr Rente aus der AHV, als sie Lohnprozente in sie einzahlen müssen. Jeder Leistungsabbau schwächt darum die soziale Gerechtigkeit in der Schweiz. Unsere Kampagne hat das Bewusstsein für diese Tatsache geschärft.

Die knappe Abstimmungsniederlage ist für uns alle eine grosse Enttäuschung. Dennoch hat sich unser Engagement gelohnt. Unsere Argumente für höhere Renten und gegen den Sozialabbau auf Kosten der sowieso schon benachteiligten Frauen haben die Panikmache zur Finanzsituation der AHV gebremst. Eine Woche mehr, und wir hätten das Resultat kippen können – und das, obwohl wir den geschlossenen Bürgerblock, die Wirtschaftsverbände und fast alle wichtigen Medien gegen uns hatten.

Gemeinsam werden wir gewinnen!

Ich bedanke mich ganz herzlich für das grosse Engagement. **Zahlreiche AHV-Botschafterinnen, Aktivistinnen, engagierte Kolleginnen und Kollegen haben wesentlich zu diesem knappen Resultat beigetragen.** Dieses dient uns nun als Basis, um die nächsten, bereits geplanten Abbauschritte in der ersten und zweiten Säule zu verhindern und um unseren eigenen Initiativen für eine 13. AHV-Rente und für eine soziale Zusatzfinanzierung der AHV mit Nationalbankgewinnen zum Durchbruch zu verhelfen.

Wir haben diese Abstimmung verloren. Aber der Kampf geht jetzt erst recht weiter. Gemeinsam werden wir ihn gewinnen!»



Unia-Präsidentin
Vania Alleva.

FOTO: MATTHIAS LUGGEN



Herbstpause: Die nächste Ausgabe von work erscheint am 21. Oktober 2022.



Stephanie Wahl



Kerstin Huggenberger



Magali Clenin

Nach dem AHV-Nein ist vor dem feministischen Streik 2023

«Wir sind putzhässig!»



Zoe Egger



Verena Steffen



Tabea Andres

FOTOS: FRANZISKA SCHEIDEGGER

Gleichberechtigung? Nein: ungerecht! Nach dem knappen Ja zur AHV-Abbauvorlage gehen Frauen auf die Strasse. Und blicken entschlossen nach vorn.

CHRISTIAN EGG

Zoe Egger schüttelt den Kopf. Wie konnten Leute nur dazu Ja sagen, dass Frauen jetzt ein Jahr länger arbeiten müssen? Der jungen Mutter will das nicht in den Kopf. «Das ist ungerecht. Nicht Gleichberechtigung», sagt sie mit Nachdruck.

Zusammen mit mehreren Hundert Frauen und einigen Männern ist sie einem kurzfristigen Aufruf der SP-Frauen gefolgt, am Tag nach der knappen Annahme von AHV21. Am Rand der Demo stellt Egger klar: «Ich wäre sofort bereit, gleich lang zu arbeiten wie jeder Mann, wenn ich auch den gleichen Lohn bekäme wie ein Mann.» Und wenn sie nicht bei der Stellensuche benachteiligt wäre, nur weil sie eine Frau sei. Tatsache sei aber: «Wenn eine Firma wählen kann, nimmt sie einen Mann mit gleicher Qualifikation. Weil der keine Kinder bekommen kann.»

Dieser Entscheid ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

«DAS IST ZU VIEL!»

Wut und Enttäuschung über die anhaltende, verfassungswidrige Diskriminierung in der Arbeitswelt und bei den Renten: So geht es vielen Frauen an diesem grauen Montag auf dem Berner Bahnhofplatz. Deutlich spürbar ist aber auch Kampfeswille. «C'est trop», kommentiert Stephanie Wahl das Abstimmungsergebnis, das ist zu viel. «Für mich ist das der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.» Diese Rentenreform auf dem

Buckel der Frauen ignoriere die Realität, dass Frauen im Schnitt noch immer 20 Prozent weniger verdienen als Männer und in schlecht bezahlten Berufen übervertreten seien. Sie ist extra aus Pruntrut im Jura angereist, um klarzumachen: Jetzt reicht's.

Ihre Kollegin Magali Clenin aus Biel sagt, sie sei heute auch stellvertretend nach Bern gekommen «für die, die nicht abstimmen können». Weil sie keinen Pass haben, keine Aufenthaltsbewilli-



AUF ZUM STREIK: Einen Tag nach der AHV-Abstimmung ist für die Demonstrierenden auf dem Berner Bahnhofplatz klar: Der nächste 14. Juni wird wieder mächtig werden. FOTO: ADRIAN MOSER

gung oder zu grosse materielle Sorgen, um sich um Politik zu kümmern. Auch Kerstin Huggenberger, mit Baby im Trageteil, muss nicht lange überlegen, weshalb sie heute hier steht: «Für meine Mama, die jetzt ein halbes Jahr länger arbeiten muss, und meine Schwiegermama, bei der ist es sogar ein ganzes Jahr.» Die beiden seien gerade am Arbeiten, «in einem Pflege- und Betreuungsberuf, wo sie nicht wegkönnen zum Protestieren, obwohl sie sehr wütend sind.»

DA GIBT ES NUR EINES

Wut und Kampfeswille drückt auch Tamara Funiello aus, Co-Präsidentin der SP-Frauen: Die Demo sei eine «Kampfansage» an jene, die über die Köpfe der arbeitenden Frauen hinweg entschieden hätten (siehe Seite 5). Für Unia-Frau und SP-Frauen-Co-

Präsidentin Martine Docourt ist klar: «Das ist ein Rückschritt auf dem Weg der Gleichstellung. Jetzt muss es endlich Lohngleichheit, Gleichstellung in allen Bereichen und mehr und bezahlbare Kita-Plätze geben. Dafür braucht es auch den Druck der Strasse und in den Betrieben.» Zum Beispiel am 14. Juni 2023: In violetter Farbe steht dieses Datum gleich auf mehreren Schildern, die Frauen in die Höhe halten. Dann findet der nächste grosse feministische Streik statt. Schon vorher stehen in der Rentenfrage grosse Weichenstellungen an. Zuerst in der Reform des Pensionskassengesetzes, über die derzeit das Parlament brütet (siehe Seite 5 unten). Bürgerliche Politikerinnen hatten vor der AHV-Abstimmung versprochen, dort die krasse Benachteiligung der Frauen (im Schnitt 63 Prozent tiefere Renten als Männer) zu beenden.

RAUF MIT DEN RENTEN!

Doch auch in der AHV ist, Rentenalter hin oder her, das wahre Problem ungelöst: Die Renten sind zu tief. Im Mittel liegen sie bei knapp 1800 Franken pro Monat. Davon kann niemand leben. Eine Initiative der Gewerkschaften fordert deshalb eine 13. AHV-Rente. Das wäre eine Rentenerhöhung von 8,33 Prozent. Die 130 000 Unterschriften dafür wurden in Rekordzeit gesammelt (work berichtete: rebrand.ly/ahv-x13). Trotzdem findet der Bundesrat: Die Forderung nach höheren AHV-Renten seien zwar «nachvollziehbar», er sehe aber «finanziell keinen Spielraum» dafür. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament dürfte bald ins gleiche Horn stossen.

Dabei ist in der Schweiz genug Geld vorhanden. Tausend Milliarden beträgt das Vermögen der Nationalbank. Das ist Volksvermögen. Einen Teil davon in die AHV fliessen zu lassen wäre die effizienteste und sinnvollste Art, es der Bevölkerung zurückzugeben. Genau das will eine weitere Initiative der Gewerkschaften, für die noch Unterschriften gesammelt werden (rebrand.ly/snb-ahv). Ob die AHV genügend Geld bekommt, ist ein politischer Entscheid. An der Protestdemo in Bern sagt das auch Tabea Andres: «Mich ärgert es, wie Bür-

gerliche immer wieder die Angst schüren, die AHV gehe bald bankrott. Und das zum Beispiel als Argument brauchen, weshalb es nicht möglich sei, die Care-Arbeit angemessen zu berücksichtigen.» Care-Arbeit, die zur grossen Mehrheit Frauen leisten – unbezahlt. «Stattdessen lassen sie jetzt uns Frauen länger arbeiten. Das ist doch absurd!»

Ihre Mutter Verena Steffen bringt ihre Empörung auf den Punkt: «Ständig heisst es, für die AHV sei zu wenig Geld da. Aber die Kampfflieger, die kaufen wir jetzt!»

Rekord-Petition: 100 000 Unterschriften in nur einem Tag



Bessere Einkommen für Frauen im Alter und im Erwerbsleben: Für dieses Ziel war das knappe Ja zum AHV-Abbau ein Rückschlag. Noch am Abend des Abstimmungssonntags veröffentlichte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) die «Erklärung vom 25. September». Sie hält fest: Unter dem Vorwand der Gleichberechtigung bei den Frauen zu sparen ist inakzeptabel. Genauso wie der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern, der grösser wird statt kleiner.

JETZT UNTERSCHREIBEN! Unter dem Titel «Wir sind wütend. Wir kämpfen weiter!» können Frauen und Männer die Forderung unterstützen. Und der Rücklauf ist gewaltig: Bereits am Tag nach der Abstimmung haben über 100 000 die Erklärung unterzeichnet. Wer noch nicht unterschrieben hat, kann das weiterhin tun: erklaerung.25-september.ch. (che)

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.

suva.ch/regeln

Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln
und sag bei Gefahr «Stopp»!



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva

Die Brandrede von SP-Nationalrätin Funicello. work hat mitgeschrieben

«Wir sind gekommen, um zu bleiben!»

«Ich hätte gerne eine supergute Rede vorbereitet für heute. Leider war ich so wütend, dass ich es fast nicht hingekriegt habe. Ich war gestern Abend so wütend über diesen Entscheid. Und jenen, die jetzt sagen, es sei undemokratisch, dass wir hier stehen, denen sage ich: Es ist undemokratisch, dass seit 40 Jahren in der Verfassung steht, dass Frauen und Männer gleichberechtigt

Gleichstellung ist keine Forderung, sie ist unser Recht.

sind. Und wir es immer noch nicht geschafft haben. Es ist eine Schande, was gestern entschieden wurde. Weil gestern haben alte reiche Männer entschieden, dass jene Frauen länger arbeiten müssen, die seinerzeit noch gar nicht selber entscheiden konnten, ein Lohnkonto zu eröffnen. Die noch nicht selber entscheiden konnten, ob sie arbeiten gehen wollten oder nicht, weil sie noch unter dem alten Eherecht leben mussten. Das ist ein Hohn und nichts anderes als das.

KAMPFANSAGE. Und diese Demo hier heute ist die erste Kampfansage an genau diese alten reichen Männer. Es ist eine Kampfansage an jene, die entschieden haben, dass die Kita-Mitarbeiterinnen, die Nannys, die Pflegefachfrauen, die Reinigungskräfte länger arbeiten müssen, die es ihren reichen Frauen ermöglichen, arbeiten zu gehen. Es ist aber auch eine Kampfansage an die bürgerlichen Frauen, die gewählt wurden nach dem feministischen Streik von 2019. Wir hatten uns so viel erhofft von diesem rosa Parlament. Das Einzige, was bisher erreicht wurde, ist die Erhöhung des Frauen-Rentalalters, ein Besuchstag in der Armee für Frauen und mickrige zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Und das ist



NACH-ABSTIMMUNGS-DEMO: Frauen hören auf dem Bahnhofplatz in Bern der Rede von Tamara Funicello zu. FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

hier meine Ansage an euch, liebe Kolleginnen. Um eure Versprechen zu halten, habt ihr noch ein Jahr Zeit. Ein Jahr Zeit, um eure Wahl, um euer «Helvetia ruft» zu legitimieren. Und nein, die Senkung des Koordinationsabzugs im BVG ist nicht genug. Sonst braucht es statt einer rosa Welle im nächsten Jahr eine rote Welle. Sowohl im Vorfeld wie im Nachgang dieser Abstimmung wurde gesagt: Ihr wolltet ja Gleichstellung, hier kriegt ihr sie. Aber Gleichstellung ist keine Forderung, Gleichstellung ist unser Recht. Sie steht in der Verfassung, und es ist an der Zeit, sie endlich umzusetzen. Die Faktenlage ist klar: Frauen verdienen 43 Prozent weniger als Männer. Das sind in absoluten Zahlen im Jahr rund 108 Milliarden

weniger. Obwohl Frauen und Männer pro Jahr gleich lange arbeiten. Das ist fast doppelt so viel wie das Bundesbudget. Das muss man sich mal vor Augen halten. Und nach dieser Abstimmung wird die Diskrepanz noch grösser sein. Frauen leisten unbezahlte Care-Arbeit im Wert von 248 Milliarden Franken, und das jedes Jahr. Das ist mehr, als Bund, Kantone und Gemeinden zusammen ausgeben. Frauen tragen diese Gesellschaft. Unbezahlt. Und jetzt müssen wir einmal mehr büssen.

VENCEREMOS! Die Politik scheint vergessen zu haben, was die wirklichen Probleme der Frauen in diesem Land sind. Die Politik scheint vergessen zu haben, dass

am 14. Juni 2019 eine halbe Million Frauen und solidarische Männer auf der Strasse waren und gekämpft haben für mehr Gleichstellung. Und jetzt gilt es, sie daran zu erinnern. Und jetzt gilt es, zum nächsten feministischen Frauenstreik aufzurufen. Es gilt, am 14. Juni 2023 wieder auf die Strasse zu gehen. Gleichzeitig muss es auch im Parlament weitergehen. Es braucht Mindestlöhne, es braucht eine Umsetzung der Pflegeinitiative, es braucht anständige Frauenrenten, es braucht genügend Kita-Plätze. Also, lasst uns auf die Strasse gehen, lasst uns diese Forderungen rausschreien. Wir sind hier, und wir sind gekommen, um zu bleiben! Venceremos!

Wir sind wütend. Wir kämpfen weiter!



work kommentar
Clemens Studer

AHV 21 am 25. September: Oben gegen unten

Das Zufalls-Ja zur Erhöhung des Frauenrentenalters ist ein Schlag ins Gesicht der Frauen. Die männliche Häme «Ihr wollt Gleichberechtigung, da habt ihr sie!» war sehr präsent. Doch waren es die entscheidenden Stimmen? Die der alten Männer? Und die der frustrierten Männer, die ob all den (insgesamt doch noch immer bescheidenen) Fortschritten in der Gleichstellung es «denen» mal heimzahlen wollten? All diese Männer bemühen sich doch nicht erst seit diesem Herbst an die Urnen. Diesmal müssen also noch andere, ebenfalls nicht Frauenfreundliche am Werk gewesen sein. Erst die ernsthaften Nachwahluntersuchungen werden es in ein paar Wochen zeigen. Doch Zweifel daran, ob die entscheidenden Stimmen gegen die Frauen tatsächlich von «den Männern» gekommen sind, sind angebracht.

DIE PRIVILEGIERTEN. Denn klar ist jetzt schon: Es ist auch eine Frage des eigenen sozialen und ökonomischen Status, es richtig zu finden, dass Frauen länger arbeiten müssen, obwohl bei Löhnen, Renten und der Verteilung der Care-Arbeit von Gleich-

stellung keine Rede sein kann. Selbst 40 Jahre nach dem Gleichstellungsartikel in der Verfassung nicht.

IHRE TATEN. Umfragen wie Debatten vor der Abstimmung zeigten das. Und zwar geschlechtsübergreifend: Da weibelten und weibeln jungfreisinnige Herrensohnchen Seite an Seite mit schreibenden Millionerbinnen. Da warfen sich auch ökonomisch

Gleichstellung blinken, im Zweifel patriarchal fürs Kapital abbiegen.

privilegierte Frauen in die Schlacht, um ihre härter arbeitenden und prekär bis bescheiden verdienenden Geschlechtsgenossinnen länger arbeiten zu lassen. Dies, während sie kaum je länger als bis 60 werden arbeiten müssen: Bestlöhne im Rücken und Millionenerbe in Aussicht. Ihre Vorstellung von «Gleichberechtigung» ist die von Privilegierten. Sollen doch ihre Reinigerinnen, ihre Nannys chranpfen und die Pflegerinnen ihrer Eltern und Grosseltern pflegen bis zum Umfallen. Sofern diese ab 55 überhaupt noch einen Job finden.

Die AHV war schon den Urgrossvätern und Grossvätern dieser gut bestallten Damen und Herren ein Dorn im Auge. Weil sie für ökonomischen Ausgleich von oben nach unten sorgt. Und zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit. Und weil sie der Finanzindustrie Spielgeld fürs Börsencasino entzieht. Sie formulieren es heute einfach «moderner» – das Resultat bleibt gleich. Zum Beispiel zeigen es ihre realen Taten im Parlament. Etwa von den medial so gehätschelten Grünliberalen. Sie stimmten geschlossen mit der Millionärspartei SVP und der Finanzindustrie-Partei FDP gegen den Teuerungsausgleich für die AHV-Rentnerinnen und -Rentner. Und wenn es um eine vernünftige Elternzeit für alle geht, kneifen sie. Da sind die für die GLP-Wahlprogramme gefällten Bäume umsonst gestorben. So geschehen im Kanton Zürich. Könnte ja die Firmenbesitzenden etwas kosten, jammern sie, wenn es konkret wird. Gleichstellung blinken, aber im Zweifel patriarchal fürs Kapital abbiegen. Diese Taktik ist bei dieser AHV-Abstimmung leider knapp aufgegangen. Das ist ärgerlich und ein Hohn für

alle, die dieses Land mit ihrer harten bezahlten und unbezahlten Arbeit am Laufen halten. Doch es gibt auch einen fortschrittlichen Hoffnungsschimmer nach diesem 25. September.

HOFFNUNG TROTZ HOHN. Mit der geplanten Abschaffung der Verrechnungssteuer für Konzerne, Oligarchen und Steuerbetrüger haben die Finanzindustrie und ihre Parteien von SVP bis GLP die vierte Steuer-geschenk-Abstimmung in Folge verloren. Das zeigt, dass sich hartnäckiger Widerstand lohnt. In Sachen Renten-Situation für alle nicht Superverdienenden und Millionenerbenden gibt es trotz der Ohrfeige an die Frauen Hoffnung. Die 13. AHV-Rente, das SNB-Geld für die AHV, eine BVG-Reform ohne weiteren Abbau für alle wenig und gering Verdienenden. Das ist alles mehrheitsfähig. Das Rentenalter 67 und höher für alle (ausser für die Privilegierten), das den Rechten vorschwebt, ist es nicht. Denn da werden auch die frustrierten Männer mit unteren und mittleren Einkommen nicht mehr mitmachen. Und die reichen Frauen alleine an der Seite ihrer Männer und Väter stehen. Diesmal auf verlorenem Posten.

Freier Sonntag unter Beschuss

ZÜRICH/KLOTEN. Erneut torpediert das FDP-geführte Zürcher Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) den freien Sonntag. Diesmal mit einer Feststellungsverfügung zur Causa Migros Daily: Seit die Strasse zwischen der Daily-Filiale und dem Zürcher Hauptbahnhof verkehrsberuhigt sei, handle



AUCH SONNTAGS GEÖFFNET: Migros-Daily-Filiale in Zürich.

FOTO: UNIA

es sich um einen «Betrieb für Reisende». Solche dürfen auch sonntags Personal beschäftigen. Nun hat die Unia Zürich-Schaffhausen gegen diese Verfügung Klage eingereicht. Sprecherin Nicole Niedermüller begründet: «Ob mit oder ohne Autoverkehr – der Laden befindet sich eindeutig ausserhalb des Bahnhofperimeters.» Demnach habe er kein Recht auf Sonntagsverkauf. Tatsächlich war der Perimeter auch in einem anderen Streitfall ausschlaggebend – allerdings nicht für die Unia, sondern für die Kantonsregierung. Diese entschied Ende Juni: Das Klotener Shopping-Center The Circle dürfe sonntags offen bleiben, weil es innerhalb des Flughafenperimeters liege. Die Unia verzichtete auf einen Weiterzug ans Verwaltungsgericht.

Mineure feiern Tunneldurchstich

KERENZERBERG GL. Seit zwei Jahren laufen die Bohrarbeiten für einen neuen Sicherheitsstollen beim Autobahntunnel Kerenzerberg. Nun konnten die Mineure am 28. September den Durchstich feiern – zusammen mit Baumeistern und Politgrössen. Aber auch die Unia war dabei. Denn die Mineure waren so frei und hatten der Baugewerkschafterin Maria Lavanga eine herzliche Einladung geschickt. Das liess sich die St. Gallerin nicht entgehen und verband das Schöne mit dem Nützlichen: «Am Fest habe ich klargemacht, dass auch die Tunnelbauer einen starken Landesmantelvertrag wollen.»

Durchzogene Solaroffensive

BERN. Für den dringenden Ausbau der Solarenergie strahlt Bundesbern neuerdings um die Wette. Der Ständerat will die Hürden für alpine Solarkraftwerke radikal zusammenschmürzeln und eine Solarpflicht für alle Neubauten. Auch der Nationalrat ist heiss, geht aber weniger weit. Wenigstens in Vogelreservaten, Moorlandschaften und Biotopen soll es keine Grossanlagen geben. Gut so, denn geeignete Flächen wie in Grengiols VS gibt's genug. Fatal ist dagegen ein anderer Rückzieher: Die rechte Ratsmehrheit will eine Solarpflicht nur noch für sehr grosse Gebäude – und damit für die wenigsten Neubauten.

Tessiner Benzin-Patrons klammern sich an Tiefstlöhne «Krasses Dumping!»

Eine Handvoll Tankstellenbosse aus dem Tessin blockieren den neuen Gesamtarbeitsvertrag – aus purem Geiz.

CHRISTIAN EGG

Die Arbeit an der Tankstelle ist stressig. Schichten von neuneinhalb Stunden mit nur einer halben Stunde Pause, häufige Nacharbeit, manchmal sieben Tage hintereinander: So beschreibt es Verkäuferin Virginia aus dem Tessin in der Zeitung «La Regione». Ähnliche Zustände kennt auch das Tankstellenpersonal im Rest der Schweiz.

Etwas aber unterscheidet Virginia von ihren Berufskolleginnen und -kollegen nördlich der Alpen: der Lohn. Für eine Vollzeitstelle erhält sie nur gerade etwas mehr als dreitausend Franken



NICHT ROSIG: Bessere Arbeitsbedingungen an den Tankstellen sind nötig. Nicht nur, aber vor allem auch im Tessin. FOTO: KEY

brutto im Monat. In den meisten anderen Kantonen liegen die tiefsten Löhne für Gelernte bei 4000 Franken, für Ungelernte immerhin noch bei 3700. Denn der Gesamtarbeitsvertrag der Branche legt für alle Kantone einen Mindestlohn fest. Ausser für das Tessin. Eine umstrittene Ausnahme, die der Bund 2017 akzeptiert hat.

Geht gar nicht, fanden die Gewerkschaften, aber auch der Arbeitgeberverband der Branche. Sie einigten sich auf einen neuen GAV (work berichtete: rebrand.ly/tankstellen-gav). Mit höheren Mindestlöhnen für alle. Und einem Mindestlohn fürs Tessin: knapp 3500 Franken für Ungelernte. Auch die Tessiner Kantonsregierung war dafür.

EINSPRACHEN. Doch eine Handvoll Tessiner Arbeitgeber findet sogar diesen Lohn «unverhältnismässig hoch». So steht es in einer von total fünf Einsprachen gegen den GAV, die

Der Bruttolohn aktuell: knapp mehr als 3000 Franken.

beim Bund eingegangen sind. Und die dafür sorgen, dass der neue Vertrag, obwohl seit einem Jahr fertig verhandelt, noch nicht in Kraft ist. Die Tessiner Patrons sagen, sie zahlten den kantonalen Mindestlohn von knapp 3200 Franken (siehe rechts). Das sei gut genug. Es sei schliesslich, so eine andere Einsprache, «eine historisch bekannte Tatsache, dass im Tessin andere Verhältnisse herrschen». Die Preise für Mieten, Nahrungsmittel und Kleider im Kanton seien etwa zehn Prozent tiefer als in Zürich. Anne Rubin, Co-Verantwortliche Detailhandel bei der Unia, lässt den Vergleich nicht gelten: «Das Leben im Tessin ist gleich teuer wie in vielen anderen Kantonen, zum Beispiel Freiburg.» Die Motive der Tessiner Patrons seien durchschaubar: «Sie klammern sich an ihr Geschäftsmodell, das auf krassem Lohndumping beruht.» Die Unia wird nun beim Bund beantragen, die Einsprachen der Tessiner Patrons abzulehnen. Anne Rubin: «Warum sollten die Tessinerinnen und Tessiner für die gleiche Arbeit viel weniger verdienen? Das akzeptieren wir nicht.»



GEMEINSAM STARK: Für eine schlagkräftige Gewerkschaft – auch in der Zukunft – überdenkt die Unia ihre Strukturen. FOTO: MANU FRIEDERICH

Welche Gewerkschaft für welche Zukunft? Die Unia-Reform kommt voran

Kann man eine Organisation mit 180 000 Mitgliedern umbauen? «Unia 2.0» zeigt: Ja, aber es braucht «e längere Schnuuf». work zeigt, wo das Umbauprojekt heute steht.

JOHANNES SUPE

Vor sieben Monaten war der Optimismus gross. «Unia 2.0», das bedeutende Umbauvorhaben der Gewerkschaft, war mit viel Elan gestartet. Eine erste Runde des offenen Austauschs war beendet, und die Geschäftsleitung hatte erste konkrete Vorschläge ausgearbeitet. Am 4. März zeigte sich Hans Hartmann, der die Reformdebatte koordiniert, gegenüber work zuversichtlich: «Ich finde, wir kommen gut voran. Im Statutendickicht kann man sich leicht verrennen. Das ist zum Glück nicht passiert.» Und heute? Wie steht es jetzt um die Gewerkschaftsänderung?

Zur Erinnerung: Mit «Unia 2.0» soll die Gewerkschaft fit für die Zukunft werden. Gremien sollen auf den Prüfstand gestellt, den Mitgliedern mehr Entscheidungsmacht übertragen werden. Dafür hatte die Geschäftsleitung Anfang des Jahres Änderungsvorschläge in drei Bereichen vorgelegt: solche, die die Sektoren der Unia betreffen (1), Vorlagen, die Regionen der Gewerkschaft berühren (2), und Änderungen, die die nationalen Führungsgremien umgestalten sollen (3).

GROSSE ODER KLEINE REFORM?

In den vergangenen sieben Monaten ist darüber rege diskutiert worden, und alle Regio-

nen, Sektoren und die Interessengruppen (IG) der Unia haben ihre Rückmeldungen zu den ersten Reformvorschlägen eingereicht.

Nach der ersten Konsultationsrunde lässt sich ein Zwischenfazit ziehen: Einen radikalen Umbau mit ungewissen Folgen will niemand. Eine Abschaffung der Sektoren steht also ebenso wenig an wie eine «Einheitsgrösse» der Regionen. Geblieben sind oft feine, dafür aber

Die Diskussion in den vergangenen sieben Monaten hat klar gezeigt,...

austarierte Vorschläge. Etwa die Umgestaltung des Zentralvorstandes, in dem bislang Unia-Mitarbeitende überwiegen, hin zu einem Milizgremium. Und noch etwas ist klar: Dem ausserordentlichen Kongress im Oktober 2023, der letztlich entscheidet, sollen je eine weitergehende «grosse» und eine eher zurückhaltende «kleine Reform» vorgelegt werden.

Eine grosse Veränderung wäre es, wenn zum Beispiel im Zentralvorstand künftig nur noch Basismitglieder der Gewerkschaft stimmberechtigt wären und gleichzeitig die Milizorgane der Organisationseinheiten besser in die Vorbereitung der Entscheide einbezogen würden. Zurückhaltender wäre es hingegen, wenn neben den Unia-Mitarbeitenden mehr Vertrauensleute Einsitz in den Zentralvorstand erhielten. Reformvarianten werden auch in Bezug auf die Sektoren und Regionen erarbeitet.

Zur Diskussion stehen etwa die Festlegung strategischer Kompetenzen für regionale Milizgremien, die periodische Wiederwahl der Regioleitung, die Bestimmung der

Position der Sektorleitung in der Geschäftsleitung oder der Status der Sektoren in den Statuten.

GEMEINSAME PERSPEKTIVEN STÄRKEN

Eine «perfekte Reform» sollte man sich gemäss Hartmann allerdings nicht erhoffen, denn dafür seien die Perspektiven innerhalb der Organisation einfach zu vielfältig.

Das zeigen auch die Antworten aus den Regionen oder Sektoren, die ganz unterschiedliche Anliegen formulierten. Dennoch bleibt Hartmann optimistisch, dass verbesserte Statuten die Organisation letztlich stärken werden: «Wir können strategische und operative Entscheide klarer unterscheiden als bisher. Die Rolle der Miliz in den Entscheidungsprozessen stärken und unsere Leitungsgremien so aufbauen, dass sie einen guten Plan für die gesamte Unia entwerfen können.»

Ganz unabhängig von den Kongressentscheiden hält Hartmann die Statutendiskussion per se für nützlich. Zwanzig Jahre nach

... einen radikalen Umbau mit Folgen, die ungewiss sind, will niemand.

der Gründung der Unia sei es sinnvoll, die Organisationsverfassung einmal grundsätzlich zu überprüfen statt immer nur punktuell und nur dann, wenn etwas nicht funktioniere. Die Debatten auf dem Weg zur Reform seien dabei ebenso notwendig wie der Umbau selbst. «Sie werden jedenfalls zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der unterschiedlichen Perspektiven beitragen und damit die Zusammenarbeit fördern.»

Neue Volksinitiative gegen den Lohnschiss der Chefs: Tessiner wollen höheren Mindestlohn

Dumpingfirmen können den neuen Tessiner Mindestlohn umgehen – leicht und sogar legal! Eine Volksinitiative will dem ein Ende setzen.

JONAS KOMPOSCH

Erst seit Januar ist er in Kraft – der Tessiner Mindestlohn von (nur) 19 Franken pro Stunde. Doch in seiner Oktobersession muss das Kantonsparlament in Bellinzona bereits über die Bücher. Denn die gewerkschaftliche Volksinitiative «Für einen sozialen Mindestlohn» ist gültig. Zu diesem Schluss kam am 13. September Roberto Di Bartolomeo, der Chefjurist des Parlaments. Die Initiative, die von über 13 000 Tessinerinnen und Tessinern unterzeichnet und bereits im Februar eingereicht worden war, verlangt: Der Mindestlohn dürfe niemals tiefer sein als die höchstmöglichen Ergänzungsleistungen aus AHV

und IV. Auf aktuell 21 Franken 50 müsste der Mindestlohn damit angehoben werden – und zwar ausnahmslos.

Noch dürfen Firmen den kantonalen Mindestlohn unterschreiten, wenn sie über Gesamtarbeitsverträge (GAV) verfügen, die vor 2022 unterzeichnet worden sind. Dieses Schlupfloch hatten die Tessiner Gewerkschaften schon im Gesetzgebungsprozess scharf kritisiert. Zu Recht, wie sich letzten Herbst zeigte.

LEGA-LOHNDUMPER

Findige Industriebetriebe aus dem Südtesin nutzten die Gesetzeslücke schamlos aus. Freundliche Unterstützung bekamen sie dabei von der rechtspopulistischen Lega dei Ticinesi, die kurzerhand eine Pseudogewerkschaft namens «Tisin» aus dem Boden stampfte. Ihre einzige Aufgabe

bestand darin, mit den Lohn-drücker-Firmen noch vor dem 1. Januar 2022 Dumping-GAVs



LÜCKENLOS: SP-Mann Fabrizio Sirica verlangt einen Mindestlohn ohne Ausnahmen. FOTO: TI-PRESS / ALESSANDRO CRINARI

abzuschliessen. In manchen Fabriken des Mendrisiotto sind 16-Franken-Löhne daher nach wie vor verbreitet (work berich-

tete: rebrand.ly/tisin). Solchen Hungerlöhnen will die Initiative nun definitiv den Garaus machen. Doch das bürgerlich dominierte Parlament könnte auch diesmal versuchen, das

Es braucht im Minimum 21.50 Franken pro Stunde.

Begehren zu verwässern. Eine Volksabstimmung wäre in diesem Fall allerdings programmiert. So sagt Fabrizio Sirica (33), SP-Co-Präsident und Mitglied des Initiativkomitees: «Zu Kompromissen sind wir nicht mehr bereit. Denn wenn Löhne tiefer sind als die staatlichen Ergänzungsleistungen, handelt es sich schlicht um Ausbeutung!»

Jetzt droht den Bau-Büezern die 58-Stunden-Woche: Meister im Eskalationsmodus!



Die Bauleute fordern:

Klare Schlechtwetterregeln

- Klare Regeln für die Einstellung der Arbeit bei gefährlichem Wetter und Extremhitze.
- Volle Lohnfortzahlung bei Arbeitsstopp dank Versicherung und Überstunden.
- Wenn die Arbeit eingestellt wird, müssen auch die Bautermine verschoben werden.
- Geheizte Pausenräume im Winter, gekühlte bei Hitze.

Arbeitszeitreduktion

- Verkürzung der Arbeitstage auf 7,5 Stunden im Winter und 8,5 Stunden im Sommer.
- Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 40,5 auf 40 Stunden.
- Fixer Arbeitszeitkalender.
- 25 Prozent Lohnzuschlag ab Erreichen des 10-Stunden-Tags (Arbeitszeit inklusive Überstunden plus Reisezeit).

Dieser LMV-Forderungskatalog wurde an der Oltnen Bau-Landsgemeinde vom 26. März von über 250 Bauarbeitern und Gewerkschaftsdelegierten aus der ganzen Schweiz zusammengetragen und demokratisch verabschiedet.

Schluss mit Stundenklau

- Komplette bezahlte Reisezeit (von der Bude zur Baustelle und zurück) statt jeden Tag 30 Minuten «Gratisfahrt».

Kündigungsschutz

- Schutz für Ältere: längere Kündigungsfristen ab 50 und 55.
- Entschädigung bei Entlassung.

Lohnerhöhung

- 260 Franken mehr pro Monat für alle (entspricht dem vollen Teuerungsausgleich plus einer realen Lohnerhöhung von 1 Prozent).

Erholung

- 5 Tage mehr Ferien für alle, gestaffelte Einführung bis 2025.
- Eine bezahlte 15minütige Znünpause pro Tag (wie im Kanton Genf).

Die Forderungen des Baumeisterverbands werden immer extremer und torpedieren das Arbeitsgesetz. Schon heute bewegen sich die Meister im rechtlichen Graubereich.

JONAS KOMPOSCH

Die Nerven liegen blank bei den Damen und Herren des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV). Denn sie haben erkannt: weder Drohgebärden noch Propaganda erzielen auf den Baustellen die gewünschte Wirkung. Im Gegenteil: Bereits laufen im ganzen Land Streik-Abstimmungen. Und die Tendenz ist eindeutig. Chris Kelley, Unia-Co-Sektorleiter Bau, sagt: «Die bisherigen Resultate zeigen, dass sich die grosse Mehrheit der Bauleute wehren will.» Und schliesslich haben nicht nur die Meister Forderungen, sondern auch die Bauleute (siehe Bild)! Sie sind sich einig: Gegen die extreme Hitze im Sommer und die bittere Kälte im Winter braucht es dringend klare Schlechtwetterregeln. Ausserdem: eine Verkürzung der Tagesarbeitszeit und mehr Lohn. Schliesslich boomt die Schweizer Bauwirtschaft! Doch von den satten Gewinnen der Baufirmen sehen die Büezer selber nichts. (work berichtete: rebrand.ly/meister-geizen).

Bereits entschieden ist die Sache in Genf: Am 7. und 8. November wird dort alles stillstehen. So

haben es die Genfer Bauleute mit einem überwältigen Mehr von 82 Prozent (2105 Stimmen) beschlossen. Wobei! Überall steht ein Streik nur dann zur Debatte, «wenn der SBV weiterhin den Landesmantelvertrag (LMV) angreift, unfaire Arbeitszeiten und Lohnkürzungen verlangt und sich weigert, über einen LMV mit mehr Schutz zu verhandeln». So steht es in der offiziellen Abstimmungsfrage der Gewerkschaften Unia und Syna.

DENUNZIANTEM GESUCHT

Trotzdem rechnet der SBV schon fest mit Arbeitsniederlegungen. Das zeigt ein Denunzianten-Formular, das der Verband auf seine Website gestellt hat – zur «Anzeige von Arbeitsstörungen». Gefragt wird nicht nur nach «Art der Störung» (wählbar ist «Hausfriedensbruch», «Drohung», «Nötigung» und «Sachbeschädigung»), sondern auch, ob Polizei und Medien informiert worden seien. Eskalation und Provokation – darauf scheint der SBV abzu zielen. Dazu passt sein Verhalten in den Verhandlungen: Von Beginn an betrieb seine Delegation ein Versteckspiel. Zu ihren Anliegen äusserte sie sich stets nur vage und vergeudete vier Sitzungen mit Geschwafel über «gemeinsame Interessen». Am 16. September liess sie die Katze doch noch aus dem Sack. Was dem SBV vorschwebt, ist noch extremer als angenommen.

Der SBV träumt davon, jegliche Arbeitszeitschranken einzureissen. Nur die Jahresarbeitszeit von 2112 Stunden dürfe bleiben. Der Rest soll weg. Nämlich: Abschaffung des Arbeitszeitkalenders – also jener Errungenschaft, die dem Arbeiter zum

Jahresbeginn wenigstens einen groben Überblick über das Arbeitsoll der kommenden 365 Tage ermöglicht. Einführen will der SBV dafür die Arbeit auf Abruf. Wiederum gekübelt werden soll die Mindestarbeitszeit, die der Büezerin eine minimale Stundenzahl garantiert. Nämlich 7,5 pro Tag und 37,5 pro Woche. Damit wären neu Mini-Einsätze von wenigen Stunden möglich, aber auch Wochen ohne einen einzigen Arbeitseinsatz. Ab-



«Wenn die Meister sich nicht bewegen, dann klagen wir.»

CHRIS KELLEY, UNIA-CO-LEITER BAU

schaffen will der SBV schliesslich die Maximalarbeitszeit, die vor Überlastung schützt (9 Stunden pro Tag, 45 pro Woche). Begründung: Zu «starr» und «bürokratisch» seien diese Schutzmechanismen. Mehr «Flexibilität» sei nötig. Bloss: die Regelarbeitszeit kann schon heute grosszügig überschritten werden – auf 48 Stunden pro Woche.

Doch jetzt will der SBV diese 48 Arbeitsstunden zur Norm erheben. Und obendrauf noch 10 Stunden Reisezeit packen. Ergibt: eine Normalarbeitswoche von 58 Stunden, den 12-Stunden-Tag! So was macht Chris Kelley rasend: «Der SBV hat Gespür und Anstand komplett verloren!» Denn Arbeit auf Abruf einerseits und noch längere Arbeitstage andererseits würden den Termindruck als drängendstes Baustellenproblem noch verschär-

fen. Kelley: «So werden Bauherren geradezu animiert, noch kürzere Fristen zu setzen!» Und noch etwas regt den Unia-Mann auf: «Mittlerweile glaubt der SBV, er stehe über dem Gesetz. Eine 58-Stunden-Woche wäre illegal!»

KOMMT UNIA-KLAGE?

Tatsächlich begrenzt das Arbeitsgesetz die gewerbliche Höchstarbeitszeit auf 50 Stunden pro Woche. Von einem fragwürdigen Rechtsverständnis profitiert der SBV aber schon heute. So bei der Reisezeit von der Sammelstelle zur Baustelle. Diese gilt gemäss LMV nicht als Arbeitszeit. Und bezahlt wird sie erst ab 30 Minuten Fahrzeit. So steht's im Artikel 54. Tausende Bauleute müssen ihrem Chef also täglich eine halbe Stunde «schenken». Ein enormer Stundenklau – und der wird immer grösser. Kelley erklärt: «Früher waren Baufirmen primär in ihrer Region tätig. Heute fahren Basler nach Zürich, Zürcher nach Bern und Berner nach Basel.» Pikant: Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat Artikel 54 bisher nie für allgemeinverbindlich erklärt – im Gegensatz zum LMV als Gesamtwerk. Auf Anfrage erklärt Seco-Sprecherin Antje Baertschi: «Es können nur Bestimmungen eines GAV allgemeinverbindlich erklärt werden, die klar sind und dem geltenden Recht nicht widersprechen.» Hoppla! Logisch gehört die voll bezahlte Reisezeit zu den zentralen Forderungen der Bauleute. Die Meister sollten sie besser erfüllen, wenn sie keine juristische Schlappe riskieren wollen.

Denn Chris Kelley verrät: «Wenn der SBV sich nicht bewegt, werden wir schon 2023 klagen.»

FOTOS: KEYSTONE, DREAMTIME; MONTAGE WORK

Teuerungsausgleich I Reinigungs- löhne steigen

Die Gewerkschaften und der Putzverband Allpura sichern vereinbarte Lohnfortschritte – mit vollem Teuerungsausgleich.

JONAS KOMPOSCH

Die Preise steigen und die Krankenkassenprämien erst recht. Stillstand bei den Löhnen heisst also realer Rückschritt (siehe Artikel rechts). In der Deutschschweizer Reinigungsbranche ist das nicht der Fall. Denn aufs nächste Jahr steigen dort alle Löhne um 3 Prozent. Das entspricht dem vol-

Seit dem ersten GAV 2004 ging es in der Branche deutlich vorwärts.

len Ausgleich der Teuerung, wie sie der Bund für das gesamte Jahr 2022 prognostiziert. Stefanie von Cranach freut's. Als Unia-Branchenverantwortliche hat sie die Lohnsteigerung mitverhandelt – zusammen mit den Gewerkschaften VPOD und Syna sowie mit Allpura, dem Verband der Reinigungsunternehmen. Von Cranach sagt: «Dieser Teuerungsausgleich ist wichtig, um die kontinuierliche Realloohnerhöhung der letzten Jahre zu sichern.» Tatsächlich hatten die Sozialpartner schon 2021 eine Lohnerhöhung vereinbart: je 2 Prozent mehr 2022 und 2024. Überhaupt ist die jüngere Entwicklung beträchtlich: Seit der Einführung des Reinigungs-GAV im Jahr 2004 sind die Löhne um 35 Prozent gestiegen. Dennoch liegt der tiefste Stundenlohn erst bei 19 Franken 60. Für von Cranach ist daher klar: «Wir müssen weiterhin Gas geben und den Beruf aufwerten!»

Teuerungsausgleich II Gastrolöhne: plus 3 Prozent

Auch in Bistro, Beiz und Bar gibt's den Teuerungsausgleich. Eine Mindestlohnkategorie knackt damit erstmals die 5000er-Grenze.

JONAS KOMPOSCH

Um die Kaufkraft zu sichern, gibt es auch für Gastronomieangestellte den vollen Teuerungsausgleich. Darauf haben sich die Parteien im Gesamtarbeitsvertrag der Branche (L-GAV)



GUTE NACHRICHTEN: Für Mitarbeitende im Gastro bleibt der Lohn stabil. FOTO: KEY

schon im Juni geeinigt. Nun hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) seine Septemberprognose für die Jahresteuern 2022 bekanntgegeben: 3 Prozent. Da sich der L-GAV an dieser Prognose orientiert, sind die Mindestlöhne für 2023 jetzt definitiv. Sie steigen je nach Kategorie um bis zu 188 Franken pro Monat. Damit knackt eine Mindestlohnkategorie in der Gastronomie erstmals die 5000er-Grenze, nämlich jene der Mitarbeitenden mit Berufsprüfung. Diese haben künftig Anrecht auf mindestens 5108 Franken pro Monat (+188 Franken). 105 Franken mehr gibt es für die verbreitete Kategorie der Mitarbeitenden ohne Berufslehre, die neu mindestens 3582 Franken bekommen. Alle Löhne im Detail unter [rebrand.ly/gastrolohn](#).

Kaufkraft in Gefahr: Jetzt auch noch der Prämienhammer! Teuerungsausgleich auf AHV-Renten – Ständerat verzögert Prämientlastung

Die AHV-Rentnerinnen und -Rentner bekommen den vollen Teuerungsausgleich. Das ist dringend nötig. Doch bei den Prämienverbilligungen bocken die rechten Ständerätinnen und Ständeräte.

CLEMENS STUDER

Die Situation ist ernst: Die Teuerung ist so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Krankenkassenprämien explodieren. Die Strom- und Energiepreise steigen im geschützten Markt im Durchschnitt um 27 Prozent. Das ist gerade für tiefer und mittlere Einkommen Verdienende ein grosses Problem (siehe Text Seite 9). Darum fordern die Gewerkschaften den vollen Teuerungsausgleich plus einen Anteil an den Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre.

ERFOLG FÜR MITTE-LINKS

Nur verzögert und teilweise werden normalerweise die AHV-Renten an die Teuerung angepasst. Das Modell nennt sich Mischindex und basiert auf der durchschnittlichen

Die Rechten versuchten, alle entlastenden Massnahmen zu torpedieren.

Entwicklung der Löhne und der Teuerung. Die Anpassung erfolgt alle zwei Jahre. Der nächste Stichtag ist der 1. Januar 2023. Weil die Löhne in den vergangenen Jahren stagniert haben, die Teuerung in den vergangenen Monaten aber rasant angestiegen ist, würde die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner massiv geschwächt. Auch, weil die Pensionskassen die Renten gar nicht an die Teuerung anpassen müssen. Die Ökonominen und Ökonomen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) haben gerechnet: Selbst mit vorsichtigen Annahmen bei der Jahresteuern und dem Prämienanstieg bei den Krankenkassen kamen sie auf erschreckende Zahlen. Ohne vollständigen



TEUERUNG FRISST KAUFKRAFT: Die Inflation macht das Leben teurer. Für Menschen mit tieferen Einkommen wird das existenzbedrohend. FOTO: ADOBE STOCK

Teuerungsausgleich bei der AHV würde für ein Rentnerpaar bis 2024 im Schnitt ein Kaufkraftverlust von monatlich 450 bis 500 Franken resultieren.

GLP, FDP UND SVP GEGEN PENSIONIERTE

Dem Bundesrat war das egal. Er lehnte Vorstösse von SP und Mitte ab, welche die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner erhalten wollten. Doch die Mitte-links-Allianz für die Kaufkraftsicherung hielt: SP, Grüne und die Mitte brachten die Vorstösse durch. Gegen die Rentnerinnen und Rentner stimmten die SVP, die FDP und die rechten Grünen von der GLP. Die rechten Parteien stimmten auch gegen eine Erhöhung des Bundesbeitra-

ges an die Prämienverbilligung um 30 Prozent für das kommende Jahr. Im Nationalrat blieben sie erfolglos. Im Ständerat dagegen spielte die rechte Mehrheit auf Zeit und schickt das Geschäft in ihre Sozialkommission. Damit die Entlastungen Anfang 2023 wirksam werden könnten, braucht es eine Gesetzesänderung bis Ende Dezember 2022. Dazu sagte SP-Präsidentin Mattea Meyer: «Die Menschen sind unter Druck. Diese Verzögerung geht auf ihre Kosten. Der Handlungsbedarf ist akut.» Und für den SGB ist klar: «Nun muss alles darangesetzt werden, dass die entsprechende Motion wenigstens in der Wintersession beschlossen und danach zügig umgesetzt werden kann.»

PRÄMIEN-INITIATIVE

Wie wichtig die Prämienverbilligungen für untere und mittlere Einkommen sind, verdeutlicht der erneute enorme Prämienanstieg für das kommende Jahr (siehe dazu auch Seite 16–17). Im Durchschnitt steigt die Prämie um 6,6 Prozent, in vielen Kantonen deutlich höher. Bereits heute ist die Prämienlast für viele Haushalte kaum mehr zu tragen. Eigentlich unglaublich: in den letzten 10 Jahren wurden die Prämienverbilligungen in 19 von 26 Kantonen sogar real gekürzt. Das Krankenkassenwesen in der Schweiz ist mit Kopfprämien extrem unsozial finanziert. Die Milliardärin bezahlt gleich viel für die Grundversicherung wie die Reinigerin. Das will die Prämientlastungsinitiative der Gewerkschaften und der SP ändern. Sie fordert, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss. Auch hier spielt der Ständerat Eile mit Weile und schiebt die Behandlung vor sich her.

Nationalbank erhöht den Leitzins auf 0,5 Prozent: SNB-Chef Jordan beschenkt die Banken reich

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) beendet die Phase mit Negativzinsen. Das freut vor allem die Banken. Sie bekommen jetzt von der SNB Milliarden fürs Nichtstun ausbezahlt.

CLEMENS STUDER

Nationalbankchef Thomas Jordan ist fixiert auf die Teuerungszahlen. Und ein Mann der Finanzindustrie. Die reale Wirtschaft kümmert ihn wenig. Das hat er seit seiner Wahl 2012 schon mehrfach bewiesen. Um die Teuerung zu bekämpfen, nimmt er die Gefährdung von Arbeitsplätzen in Kauf. Mit der jetzt erfolgten Erhöhung des Leitzinses auf 0,5 Prozent setzt er diesen für Lohnabhängige riskanten Weg fort. Und beglückt gleichzeitig die Banken mit Milliarden. Denn die SNB verzinst ab sofort den grössten Teil der Guthaben, die UBS, CS & Co. bei ihr haben, mit dem Leitzins. Ein gutes Geschäft für die Finanzindustrie.

Im Gegenzug ist der Franken noch aufgebläht. Seit dem

ersten Zinsschritt im Juni hat er sich handelsgewichtet um ungefähr 7 Prozent aufgewertet. Das macht Importe und Ferien im Ausland günstiger. Aber es macht Exporte schwieriger. Jordan sieht darin eine Chance, die Teuerung zu senken.

Das ist hochgefährlich. Denn eine Faustregel sagt: Um die Teuerung um 1 Prozent zu senken, müsste der Wechselkurs um 10 Prozent steigen. Wahnsinn für den Schweizer Werkplatz: Verlust von Aufträgen, Arbeitsplätzen und Margen. Bahnunternehmer Peter Spuhler hat es bei der vorletzten Leitzinserhöhung der SNB im Juni so auf den Punkt gebracht: «Ich weiss nicht, was die geraucht haben!» (work berichtete hier: [rebrand.ly/was-raucht-snb](#)).

BREMSEN ODER ABWÜRGEN?

Das Problem bei den Leitzinserhöhungen und Währungsaufwertungen: sie wirken nicht spezifisch oder, wie es SGB-Chef-ökonom Daniel Lampart formuliert: «Sie sind breitbandig wir-



GEFÄHRDET ARBEITSPLÄTZE: Thomas Jordan ist ein Mann der Finanzindustrie. Die Realwirtschaft kümmert ihn wenig. FOTO: REUTERS

kende Medikamente.» Sie sind ökonomische Schrotflinten. Die bürgerlichen Ökonomen glauben an folgenden Mechanismus: Steigen die Zinsen, bremst das die Wirtschaft. Die Firmen können ihre Preise nicht mehr erhö-

hen, die Lohnabhängigen keine Lohnerhöhungen durchsetzen – die Inflation verschwindet. Leider funktioniert das nirgends so gut wie in den Lehrbüchern. In der Realität haben solche Interventionen der Nationalbanken immer wieder zu Rezessionen geführt.

So etwa auch in den frühen 1990er Jahren, als der damalige SNB-Chef Markus Lusser eine

Leitzinserhöhungen sind ökonomische Schrotflinten.

ebenso einseitig auf «Preisstabilität» ausgerichtete Geldpolitik betrieb. Lusser wurde zum «Job-Killer der Nation». Als er 1996 zurücktrat, atmeten nicht nur die Gewerkschaften auf – Exportunternehmer schalteten gar ein Inserat und bedankten sich bei Lusser sarkastisch dafür, dass er mit seinem Rücktritt die Phase des überbewerteten Frankens verkürze, die den Werkplatz Schweiz ruiniere.



FAMILIEN IN NOT: Lorenz Bertsch erlebt als Schuldenberater die Auswirkungen der Inflation auf Haushalte mit tiefen Einkommen. «Manche überlegen, ob sie besser die Miete oder die Krankenkasse bezahlen sollen.» FOTO: DIRK FRISCHKNECHT

Caritas-Schuldenberater Lorenz Bertsch (53) über die brutalen Auswirkungen der Teuerung:

«Das ist eine sozialpolitische Zeitbombe!»

100 Franken weniger im Portemonnaie? Für Gutverdienende durchaus verkraftbar. Für Haushalte mit tiefen Einkommen aber ein Albtraum. Und es dürfte noch schlimmer werden, wenn im Frühling die Nebenkostenabrechnungen ins Haus flattern.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: Lorenz Bertsch, kürzlich schrieb die NZZ, an der Teuerungsfront sei bisher nichts Dramatisches passiert und bei den Haushaltseinkommen liesse sich kein Katastrophensbild zeichnen.

Lorenz Bertsch: Das stimmt schlichtweg nicht! Die Lebensmittelpreise sind schon gestiegen. Auch das Benzin und der Strom sind teurer. In den Budgets fehlen bereits 100 bis 200 Franken. Viele besorgte Menschen rufen uns bei der Schuldenberatung an.

Und worüber machen sich die Menschen Sorgen?

Da sind zum Beispiel jene, die im Schichtbetrieb arbeiten, in der Industrie, im Detailhandel oder in der Lebensmittelproduktion. Wenn sie morgens um 2 Uhr ihre Schicht anfangen, fährt noch kein ÖV. Sie sind also auf ihr Auto angewiesen. Diese Menschen sagen uns, sie hätten momentan Mehrkosten von 100 Franken im Monat. Kürzlich hat mir eine Frau erzählt, in ihrem Mietshaus habe sich der Preis für eine 40-Grad-Wäsche verdoppelt. Genau solche Sachen laufen jetzt. Eine andere Frau hat mir berichtet, ihr Vermieter habe sie vorgewarnt, dass sich die Nebenkostenabrechnung verdoppeln oder gar verdreifachen werde. Es ist happig, was da im Frühling auf uns zukommt.

Was kommt denn auf uns zu?

Eine fünfköpfige Familie, die 4000 bis 4500 Franken pro Monat zur Verfügung hat, lebt per Definition an der Armutsgrenze. Bereits heute fehlen diesen Haushalten 100 bis 200 Franken. Aber im Frühling werden es 400 bis 500 Franken sein, weil die

«Fürs Essen bleiben pro Monat noch 400 Franken.»

Konsumpreise weiter steigen, dazu die Krankenkassenprämien, die Stromkosten ... Das wiederum schlägt sich in den Nebenkosten nieder, die im Frühling in Rechnung gestellt werden. Bis Ende 2023 werden diesen Familien 5000 Franken fehlen.

Bereits heute ist jede siebte Person in der Schweiz von Armut betroffen oder bedroht, weil sie nur knapp über der Armutsgrenze lebt. Wird dieser Anteil weiter steigen?

Ja! Denn auch für Haushalte mit einem Budget von 4500 bis 5000 Franken wird's jetzt eng. Wir gehen davon aus, dass sich für 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz die Einkommenssituation massiv verschlechtern wird. Es besteht die grosse Gefahr, dass sie sich verschulden beziehungsweise zwangsläufig verschulden müssen. Das ist eine sozialpolitische Zeitbombe!

Wie wirken sich die Mehrkosten konkret auf die Haushaltsbudgets aus?

Nehmen wir als Beispiel eine fünfköpfige Familie mit einem Monatseinkommen von 4000 Franken. 60 Prozent davon bezahlt sie für Krankenkasse und Miete, bleiben noch 1600 Franken. Die Hälfte davon, also 800 Franken, braucht's für Jahreskosten wie Franchisen, Versicherungen, Steuern usw. Das heisst, es bleiben noch 800 Franken für den Lebensbedarf, also für Strom, Kleidung, Essen, Transportkosten oder Schulmaterial der Kinder. Kommen jetzt noch Mehrausgaben zum Beispiel fürs Benzin hinzu, bleiben am Schluss noch 400 Franken fürs Essen. Das reicht schlicht und einfach nicht.

Müssen diese Familien jetzt entscheiden, ob sie essen oder heizen wollen?

Das sind tatsächlich ganz brutale Diskussionen. Aber beim Essen haben wir keine Wahl, daher verzichten viele auf Gemüse und Früchte und heizen weniger. Wir empfehlen auch zu duschen anstatt zu baden, weil Heisswasser ein Kostentreiber für Strom ist. Ausflüge liegen keine mehr drin, geschweige denn eine Mahlzeit im Restaurant, und sei es nur eine Portion Pommes frites. Und da steht dann auch der Vereinsbeitrag des Fussballclubs des Kindes auf dem Spiel. Manche überlegen, ob sie besser die Miete oder die Krankenkasse bezahlen sollen, dann ist die Katastrophe programmiert. Bevor aber eine Familie das Dach über dem Kopf verliert, kann Caritas einspringen.

Was passiert, wenn jemand den Strom gar nicht mehr bezahlen kann?

Zuletzt wird der Strom abgestellt und ein Kasten im Haus bei der Zuleitung installiert. Dort können sie Fünfliber einwerfen für den Strom.

Bereits in der Coronakrise waren Haushalte mit Tief- und Tiefsteinkommen besonders betroffen. Jetzt folgt die nächste Krise...

... und trifft genau die gleichen Menschen. Der Unterschied ist die Kurzarbeit, die hat in der Pandemie etwas abgefedert. Aber der grösste Unterschied liegt in der Dauer. Deshalb sehen wir die aktuelle Krise als länger anhaltend und gefährlicher.

Die Gewerkschaften fordern schon lange Mindestlöhne und den vollen Teuerungsausgleich.

Wenn wir einen Mindestlohn hätten, der auch in den Gesamtarbeitsverträgen verankert ist, wären ganz viele sozialpolitische Probleme behoben. Ein Mindestlohn von 4000 Franken ist aus unserer Sicht einfach ein Muss. Es kann doch nicht sein, dass Leute 100 Prozent arbeiten und nur 2000 Franken verdienen, und das auch noch legal!

Wie bitte, 2000 Franken?

Das war ein Extremfall, ja. Eine Frau aus dem Detailhandel brachte uns eine solche Lohnabrechnung. Was wir aber leider sehr häufig sehen, sind Löhne von 3000 Franken bei 100 Prozent, etwa in der Reinigungsbranche, im Detailhandel oder in der Industrie. Und was wir immer mehr erleben, ist Arbeit auf Abruf. Diese Leute müssen 100 Prozent erreichbar sein, sind aber im Stundenlohn bezahlt und haben keine Mindestarbeitszeiten. Und wenn sie dann mal nicht arbeiten können, dann sind sie ihren Job innert kürzester Zeit los.

Der Nationalrat hat in dieser Session die Motion «Armut ist kein Verbrechen» angenommen.* Menschen, die länger als zehn Jahre in der Schweiz leben, sollen nicht mehr ausgewiesen werden können, wenn sie Sozialhilfe benötigen. Wie ist die Situation für Migrantinnen und Migranten?

Der Beschluss des Nationalrats ist ein Schritt in die richtige Richtung. Denn das grosse Problem ist, dass Migrantinnen und Migranten sich nicht auf dem Sozialamt melden wollen, weil sie befürchten, dann ihre Aufenthaltsbewilligung zu verlieren. Wenn sie sich verschulden oder gar betrieblen werden, kommt blitzschnell das Migrationsamt. Diese Leute versuchen deshalb mit allen Mitteln, sich nicht zu verschulden.

Fast die Hälfte aller jährlichen Haftantritte in der Schweiz erfolgen, weil die Betroffenen ihre Bussen oder Geldstrafen nicht begleichen können. Meistens handelt es sich um Schwarzfahren oder Verkehrsbussen. Wird die Teuerung noch mehr Menschen hinter Gitter bringen?

Das könnte der Fall sein. Wir erleben immer wieder, dass Leute, die zu uns kommen, kein Geld für Zug oder Bus haben und deshalb ohne Ticket fahren. Werden sie erwischt, geht es los: Zuerst die Mahnungen, dann werden Ratenzahlungen vereinbart, und schliesslich schaltet sich die Staatsanwaltschaft ein, und die Person muss ihre sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe antreten. Wir hatten sogar den Fall, dass eine Person die Raten für die Bussen nicht bezahlen konnte, die Strafe dann absitzen musste und deswegen den Job verloren hat.

Bei der Prämienverbilligung hat der Ständerat den dringenden nötigen Entscheid vertagt, den Bundesbeitrag temporär um 30 Prozent zu erhöhen.

Das ist unverständlich, gerade weil die Krankenkassenprämien im Durchschnitt um 6,6 Prozent steigen werden. Aber immerhin will das Parlament den Teuerungsausgleich für Rentnerinnen und Rentner. Zusätzlich braucht es jetzt einen Deckel auf Energiepreisen. Und Härtefallgelder für die Haushalte, in denen wirklich nichts mehr geht.

* siehe auch Seite 11.

Rat bei Schulden: Lorenz Bertsch

Lorenz Bertsch (53) war viele Jahre in der Industrie tätig. Seit 10 Jahren arbeitet er für die Caritas. Er ist Leiter der Sozial- und Schuldenberatung der Region Appenzell-St. Gallen, Mitglied der Geschäftsleitung und leitet den Fachbereich Sozialpolitik. (asz)



Die Briefträgerin & der Abschied

Prächtige Herbsttage, frisch, unter einem leichten blauen Himmel. Die letzte Arbeitswoche der Briefträgerin – sie wagt die Frühpensionierung bei der Post. Angesichts ihrer Arbeitsbiographie



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

ein finanzielles Abenteuer, aber irgendwie ging's immer. Geld ist oft nicht der Weisheit letzter Schluss, und wo ein Wunsch ist, ist nicht selten auch ein Weg. Die Zeit ist reif. Der Zeitpunkt passt: Eine grössere Reorganisation («Reo») steht an. Die kann auch ohne die Briefträgerin stattfinden... Sie will und muss nun für die verbleibenden eineinhalb

Den Zeiteufel schickt die Briefträgerin jetzt in die Ferien.

Jahre bis zur AHV (64!) auf anderen beruflichen Standbeinen stehen und gehen. Schreiben! Und Deutschstunden mit Anderssprachigen.

ZEITEUFEL. Auf ihren letzten Touren nimmt sich die Briefträgerin die Freiheit, ruhig zu gehen, ruhig zu denken, den Zeiteufel aus dem Nacken weg und in die überfälligen Ferien zu schicken. Sie erhält eine Ahnung davon, wie Arbeiten auch sein könnte. Ein Fuss vor den andern, bedächtigt wie die Bergbäuerin am Hang, die weiss, dass Ghetz nichts bringt ausser frühe Müdigkeit und Fehler. Kein Fluch und keine Verwünschungen trüben ihre Morgen, «shit can happen». Arbeit als reines Vergnügen. Wann in der Menschheitsgeschichte und für wie viele war das je der Fall? Nicht für die Mehrheit jedenfalls. Dabei wäre eigentlich genug da für alle, und Arbeit könnte in einem kreativen Sinn die Menschwerdung der Affen und Äffinnen bedeuten.

DER LETZTE WERKTAG. Einer summt und singt irgendwo am Gestell, wie sie es nie hörte. Der Abschied von den meisten Kolleginnen und Kollegen ist genommen. Später soll es noch eine kleine Chilbi geben, der Teamchef mag keine 0815-Adieus. Der Briefträgerin ist's recht. Für ihren letzten Arbeitstag als Zustellerin ist nasses Wetter vorausgesagt – es soll gelten. Noch einmal die vertrauten Wege fahren auf dem gelben Dreirad. Zum letzten Mal ins verhasste Gefängnis namens Bundesasylzentrum. Noch einmal einer Tramführerin zuwinken und den Gruss erwidert erhalten, so als wären beide selbstbewusste Teile eines starken Service public. Den letzten Brief einwerfen. Und dann...

Massenentlassung trotz Rekordgewinn von 24 Milliarden Franken
Novartis wird immer schamloser

Der Pharmakonzern Novartis will in der Schweiz 1400 Jobs vernichten. Bisher konnte der Multi mit seinen Abbauplänen oft einfach durchmarschieren. Umso lauter fordern jetzt die Gewerkschaften: Die Stellen bleiben!

DARIJA KNEŽEVIĆ
Dieses Mal trifft es Mitarbeitende in der Informatik, der Buchhaltung oder der Personalabteilung. Insgesamt kündigt Novartis an, 1400 Stellen in der Schweiz zu streichen. International setzt der Konzern 8000 Menschen auf die Strasse. Schon im Juni kündigte Novartis das Vorhaben an – und zögerte Treffen mit den Gewerkschaften bis in den September hinaus. Sowohl die Unia als auch der Verband Syna fordern, dass die Stellen gerettet werden. In der Vergangenheit konnte Novartis seine Massenentlassungen oft durchdrücken. Gegenwind blies dem Konzern nur selten entgegen: Denn der hausinterne Perso-

Die Unia verlangt: ein echtes Konsultationsverfahren anstatt einer Alibiübung.

nalverband geht Hand in Hand mit der Geschäftsleitung. Für manche Mitarbeitende wirkt der Kampf gegen die Kündigung deshalb fast aussichtslos. Eine von ihnen ist Gabriela Brun*. Die Ernüchterung der Beschäftigten sei gross, sagt sie. Für Aussenstehende könne das sogar wie Desinteresse wirken. Novartis unternimmt viel, damit Widerstand gar nicht erst aufkommt. So auch jetzt: Das obligatorische Konsultationsverfahren zur Massenentlassung will der Konzern einzig mit der internen Personalvertretung führen. Die Gewerk-

* Name geändert



MEGA-ABSAHNER: Novartis-CEO Vasant Narasimhan sackte im letzten Jahr über 11 Millionen Franken Lohn ein. Und verdiente damit 195 Mal mehr als die Novartis-Mitarbeitenden mit den tiefsten Löhnen. FOTO: KEYSTONE

schaften sollen draussen bleiben. Für Yves Defferrard, der den Bereich Industrie der Unia leitet, ein Unding: «Das Verhalten von Novartis ist inakzeptabel. Anstatt alle Verbände an einen Tisch zu holen und nach Alternativen zu suchen, will Novartis sein Vorhaben einfach durchsetzen.» Zu einer reinen Alibiübung will die Unia jedoch das Konsultationsverfahren nicht verkommen lassen.

UNERSÄTTLICHE PROFITGIER
Tatsächlich war Novartis lange nicht bereit, mit den Gewerkschaften an einen Tisch zu sitzen. Ein Treffen schob Novartis so lange hinaus, bis das Konsultationsverfahren mit der internen Personalvertretung bereits lief. Brun kennt dieses Vorgehen. Sie sagt: «Für Novartis ist der Entscheid über die Entlassungen gefallen, daran wollen sie nichts mehr rütteln.» Unia und Syna halten dennoch an ihrer Forderung nach einem echten Konsultationsverfahren fest. Tatsächlich haben es

die Gewerkschaften bereits 2011 geschafft, den Konzern zu Verhandlungen zu zwingen. Damals wollte Novartis seinen Standort in Nyon schliessen. Enormer Druck seitens der Gewerkschaften und der Belegschaft und schliesslich auch ein Streik zwangen den Konzern, einzulenken. Ob das aber wieder gelingt, ist ungewiss. Nicht klar ist derzeit auch, welche Mitarbeitenden die Kündigung treffen wird. Laut Brun ist in einzelnen Abteilungen die Stimmung am Tiefpunkt: «Bei vielen herrschen Sorge und Angst vor einer Entlassung. Schliesslich sind wir alle Lohnabhängige.» Bislang wurden erste Kündigungen im Management ausgesprochen, die weiteren folgen erst noch. Besonders absurd: Das vergangene Jahr war für Novartis ein historisch starkes Geschäftsjahr. 24 Milliarden Franken Reingewinn wurden generiert – unter anderem auch das Ergebnis eines Aktienrückkaufs durch Roche. Die Novartis-Aktionärinnen und -Aktionäre pro-

fitierten enorm: Sie erhielten eine Dividende von 3,9 Prozent pro Aktie. Trotzdem will der Konzern weitere Entlassungen durchdrücken, um abermals rund eine Milliarde Franken einzusparen. **CEO-LOHN: 11,2 MILLIONEN**
Die Profitgier zeigt sich auch in der massiven Lohnschere beim Pharmakonzern: Vasant Narasimhan steckte vergangenes Jahr als Chef der Novartis ein Jahressalär von stolzen 11,2 Millionen Franken ein. Das ist 195 Mal mehr, als die Mitarbeitenden mit den tiefsten Löhnen verdienen (work berichtete: [rebrand.ly/buezer-broesmeli](https://www.rebrand.ly/buezer-broesmeli)). Damit schaffte es Novartis erneut unter die «Bad Ten» der Schweizer Firmen in puncto Lohnschere. Und dreister geht immer: Jetzt setzt Novartis sogar hemmungslos auf die Profit-Strategie. Nur noch die profitabelsten Medikamente werden produziert (siehe Artikel unten). Alles, was keine fetten Gewinne generiert, wird aus dem Sortiment gekippt.

Neuer Bericht durchleuchtet überrissene Medikamentenpreise
So mies zockt die Pharmaindustrie die Prämienzahlenden ab

Eine brisante Recherche von Public Eye zeigt: Auf Krebsmedikamenten hat die Pharmaindustrie eine Gewinnmarge von 40 bis 90 Prozent. Auf Kosten der Prämienzahlenden.

DARIJA KNEŽEVIĆ
Die grössten Pharmakonzerne, darunter Novartis und Roche, schöpfen mit Medikamenten für die Krebsbehandlung exorbitante Gewinne ab. Im Jahr 2020 war Krebs mit fast zehn Millionen Todesfällen die häufigste Todesursache weltweit. Doch die Pharmaindustrie ist sich nicht zu schade, auch dort nach Profit zu geiern. Konkret zeigt ein Bericht der Non-Profit-Organisation Public Eye, dass bei fünf untersuchten Krebsmedikamenten die Gewinnmarge für die Pharmakonzerne bei 40 bis 90 Prozent liegt. Besonders bitter: Dafür blechen müssen die Prämienzahlen-

den. In der Schweiz geht nämlich ein Viertel der Ausgaben aus der obligatorischen Krankenversicherung an Medikamente. Die Pharma-Riesen rechtfertigen die hohen Preise mit den Kosten für die Forschung und die Entwicklung der Medikamente. Sie sind aber nicht bereit, die Kosten transparent aufzuzeigen. Der Grund: die massiven Gewinnmargen. **TEURE KREBSMEDIKAMENTE**
Bereits bei neu eingeführten Medikamenten sacken die Konzerne massive Gewinne ein, deckt der Bericht von Public Eye weiter auf. Novartis hat auf dem Medikament Kisqali, das für die Behandlung gegen Brustkrebs eingesetzt wird, eine Marge von 43 Prozent. Obwohl dieses Medikament erst seit 2019 zugelassen ist. Je länger Krebsmedikamente auf dem Markt sind, desto höher ist der Gewinn. So verdient der US-amerikanische Pharmakonzern Bris-



BITTERE PILLE: Medikamente machen einen Viertel aller Ausgaben der obligatorischen Krankenversicherung aus. FOTO: ISTOCK

tol Myers Squibb bei jedem Verkauf von Revlimid zu 89,4 Prozent mit. Das Blutkrebsmedikament ist seit 2008 auf dem Markt. Die Forderungen von Public Eye sind klar: Sämtliche Kosten, besonders jene für Forschung und Entwicklung, müssen trans-

parent aufgezeigt werden (siehe dazu auch Seite 16: «Gesundheitswesen: Warum die Kosten steigen»). Auffällig sei auch die Angstmacherei der Pharma-Riesen, gerade bei den Krebsmedikamenten. Beispielsweise prognostizieren sie Versorgungslücken bei den Medikamenten. Während sie weniger in die Forschung und Entwicklung von Antibiotika investieren, weil diese Medikamente weniger profitabel sind, geben sie bei den Krebsmedikamenten Vollgas. Diese Geschäftstaktik zeigt, dass den Pharmakonzernen die Aktionärinnen und Aktionäre wichtiger sind als die Patientinnen und Patienten. Kein Wunder also, dass sich Novartis in Zukunft auf fünf Therapiebereiche konzentriert, darunter auch Krebsbehandlungen. Besonders vorangetrieben werden Produkte, die dem Konzern mehr als eine Milliarde Umsatz versprechen.

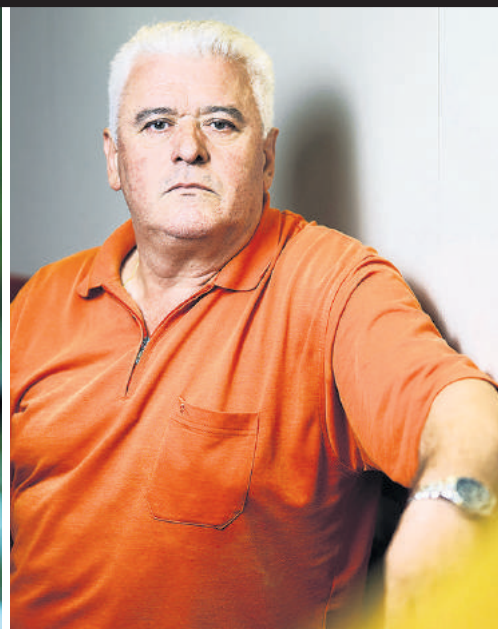


FOTO: MANU FRIEDERICH

FÜR EINE EIGENE STIMME: Helin Genis (links) sieht Parallelen zum Kampf ums Frauenstimmrecht. Der ehemalige Metallbauer Nicollë Desku lebt seit vierzig Jahren in der Schweiz – noch immer ohne Stimm- und Wahlrecht. Unia-Frau Nivalda Still kämpft gegen die Ausgrenzung von Ausländerinnen und Ausländern.

Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten in der Schweiz

«Wir wollen endlich mitentscheiden!»

Ein Viertel der Schweizer Bevölkerung hat politisch nichts zu sagen. Bloss weil ihnen der rote Pass fehlt. «Schluss damit!» fordert die Unia-Migrationskonferenz.

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Im Verein darf ich mitbestimmen, in der Kirche darf ich mitbestimmen, in der Gewerkschaft darf ich mitbestimmen – aber in der Politik nicht?» Bauarbeiter Nikollë Desku fühlt sich ausgeschlossen und bevormundet. Und dass nur, weil er keinen Schweizer Pass hat. Dabei lebt Desku seit vierzig Jahren in der Schweiz, engagiert sich in Vereinen und der Kirche seines Wohnorts. Doch politisch wird sein Leben fremdbestimmt. Denn der 58jährige darf mit seinem Ausländerausweis C weder wählen noch abstimmen.

So geht es über zwei Millionen Menschen in der Schweiz. Menschen, welche die Schweiz sozial, gesellschaftlich und wirtschaftlich mitgestalten. Unter der Maxime «Ohne uns keine volle Demokratie!» setzt sich die Unia für die Mitbestimmung von Migrantinnen und Migranten ein. Dafür spannen vier Interessengruppen – Migration, Frauen, Jugend und Rentnerinnen und Rentner – zusammen. Das bekräftigten sie an der Unia-Migrationskonferenz vom 24. September in Bern. Auch SP-Ständerat Paul Rechsteiner (70) war an der Konferenz. Zum Anliegen der Unia findet er klare Worte: «Mehr als ein Drittel aller Arbeitsstunden wird durch Menschen erledigt, die keinen Schweizer Pass haben.» Dass Migrantinnen und Migranten nicht mitbestimmen dürfen, sei ein demokratisches und menschenrechtliches Problem.

SCHLECHTE ERFAHRUNG MIT BEHÖRDEN

Das Einbürgerungsverfahren ist heute noch für viele Zugewanderte ein holpriger Weg. Die Anforderungen sind hart: Man muss zum Beispiel seit zehn Jahren in der Schweiz wohnhaft sein,

über eine Niederlassungsbewilligung C verfügen und hohe Gebühren bezahlen. Und wer häufig den Wohnort wechseln musste, betrieben wird oder auf Sozialhilfe angewiesen ist, hat meist keine Chance. Komplex wird das Verfahren zusätzlich noch durch die unterschiedlichen Anforderungen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Auch Bauarbeiter Desku würde sich gern einbürgern lassen. Doch mit den Behörden hat der gebürtige Kosovare sehr schlechte Erfahrungen gemacht. In seiner Zeit als Stahl- und Metallbauer erlitt Desku einen schweren Arbeitsunfall. Er hatte Anspruch auf eine Invalidenrente. Doch bis er diese auch bekam, habe es eine

Der Weg über die Einbürgerung ist längst nicht für alle gangbar.

massive Papierschlacht gebraucht. Er fühlte sich schikaniert und in die Ecke gedrängt. Trotzdem fühle er sich zu Hause in der Schweiz. Hierher sei er schliesslich nicht nur zum Arbeiten gekommen, sondern auch zum Leben. Und gerade deshalb ist Desku enttäuscht: «Nur weil mir der rote Pass fehlt, werde ich politisch ausgeschlossen? Das ist doch verrückt!»

MITGESTALTEN, ABER MIT GRENZEN

Erst in den Kantonen Neuenburg und Jura dürfen Migrantinnen und Migranten ohne Schweizer Pass mitbestimmen. Doch auch hier sind die Auflagen streng: In Neuenburg muss man mindestens zehn Jahre im Kanton wohnhaft sein und eine Niederlassungsbewilligung C haben. Im Kanton Jura dagegen muss man seit zehn Jahren in der Schweiz und seit mindestens einem Jahr im Kanton wohnen. Erst letzten Herbst wurde auch im Kanton Solothurn über das Stimmrecht von Migrantinnen und Migranten abgestimmt. Über 70 Prozent lehnten dies ab. Wer keinen Schweizer Pass hat, kann in einigen wenigen Gemeinden kommunal mitbestimmen: etwa in den Gemeinden Scuol GR oder Trogen AR.

Auch die Berner Juristin Helin Genis (27) kämpft für das Stimmrecht von Migrantinnen und Migranten. Bei ihrer Tätigkeit in einer Kanz-

lei beschäftigt sich Genis regelmässig mit dem Migrations- oder Familienrecht. «Viele Migrantinnen und Migranten kennen ihre Rechte nicht», weiss Genis aus ihrem Arbeitsalltag. «Wir kämpfen hier alle für das Gleiche: Mitbestimmung! Was bei Frauen in der Schweiz so lange gedauert hat, darf sich bei Migrantinnen und Migranten nicht wiederholen», sagt die Juristin.

Genis ist für die SP in der Lokalpolitik tätig. Sie fände es demokratischer und bereichernd, wenn die Stimmen der ganzen Wohnbevölkerung gehört würden: «In meinem politischen Amt arbeite ich mit vielen Migrantinnen und Migranten, die Politik aktiv mitgestalten, aber schnell vor der Grenze der Mitbestimmung stehen.» Genis gibt ein Beispiel: Nachkommen von Migrantinnen und Migranten stellen sich zur Wahl, und die eigenen Eltern können ihre Kinder nicht mit ihrer Stimme unterstützen. Weil dazu die «richtigen» Papiere fehlen.

AKTION FÜR MEHR DEMOKRATIE

Nivalda Still (52) setzt sich mit Herzblut für Migrantinnen und Migranten ein. Die Unia-Mitarbeiterin fordert ganz konkret: «Wer in der Schweiz geboren ist, soll ein Recht auf den Schweizer Pass haben.» Dies hätte sie sich für ihren 14jährigen Sohn gewünscht. Er ist in der Schweiz geboren, erlebt aber regelmässig Ausgrenzungen. «Der Umgang mit Migrantinnen und Migranten ist heute undemokratisch und unfair», sagt Still. Der Stempel «Ausländerin» stört die gebürtige Portugiesin. «Wer in die Schweiz einwandert, muss sehr viel machen, um sich anzupassen. Aber was macht die Schweiz, um sich an uns anzupassen?» fragt Still.

Die 2020 gegründete Aktion Vierviertel möchte genau diese Anpassungen vorantreiben. Der Verein engagiert sich für die Mitbestimmung von Migrantinnen und Migranten (aktionvierviertel.ch). Konkret fordert er eine aktive Förderung der Einbürgerung. Wichtig seien besonders fairere Verfahren ohne unnötige Hürden. Und Vierviertel sieht's wie Unia-Frau Still: Wer hier geboren worden ist, soll das Bürgerrecht automatisch erhalten.

Keine Ausschaffung wegen Sozialhilfe Die Armut bekämpfen statt die Armen

Die Motion von SP-Politikerin Samira Marti findet im Nationalrat eine Mehrheit. Mit «Armut ist kein Verbrechen» bekämpft Marti die Ausschaffung von Ausländerinnen und Ausländern, die Sozialhilfe benötigen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Für Migrantinnen und Migranten ohne Schweizer Pass gibt es hierzulande unterschiedliche Aufenthaltsbewilligungen. Lange als am sichersten galt die sogenannte Niederlassungsbewilligung, der Ausländerausweis C. Wer diesen besass, musste schwere Verbrechen begehen, um ihn zu verlieren. Es galt ein spezieller Schutz für Migrantinnen und Migranten, die seit mehr als 15 Jahren in der Schweiz niedergelassen waren. Dieser Schutz änderte sich im Jahr 2019. Seither können Ausländerbe-



KORREKTUR NÖTIG: Nationalrätin Samira Marti will eine schikanöse Verschärfung des Migrationsrechts rückgängig machen.

FOTO: KEYSTONE

hörden den Bezug von Sozialhilfe als «schlechte Integration» ansehen und die Inhaberinnen und Inhaber von C-Ausweisen auf einen prekären Aufenthaltsstatus zurückstufen. Und im Extremfall gar des Landes verweisen.

Wer nicht eingebürgert ist und Sozialhilfe bezieht, muss derzeit um sein Bleiberecht fürchten.

Selbst wenn sie hier aufgewachsen sind, ein Leben lang gearbeitet und Steuern bezahlt haben.

Diesem Missstand will die Baselbieter SP-Nationalrätin Samira Marti einen Riegel schieben. Und hat die Motion «Armut ist kein Verbrechen» eingereicht – und jetzt im Nationalrat einen ersten Erfolg erzielt.

VERZICHT AUS ANGST

Marti fordert mit ihrem Vorstoss «Armut ist kein Verbrechen» Schutz für Ausländerinnen und Ausländer. Konkret: Der berechtigte Bezug von Sozialhilfe soll sich nicht negativ auf den Aufenthaltsstatus auswirken. Wer über zehn Jahre in der Schweiz lebt, soll nicht mehr wegen Sozialhilfebezug seine Niederlassungsbewilligung verlieren. Und das ist dringend nötig. Aus der berechtigten Angst vor Schikanen der Ausländerbehörden verzichteten viele Menschen ohne Schweizer Pass darauf, ihre Ansprüche bei der Sozialhilfe anzumelden. Samira Marti sagt zu work: «Es braucht dringend Korrekturen, damit die Armut statt die Armen bekämpft wird.»

Im Nationalrat fand jetzt Martis Motion eine Mehrheit: Während 85 dagegen stimmten, befürworteten 96 Nationalrätinnen und Nationalräte den Schutz von finanziell schwachen Ausländerinnen und Ausländern. Damit die Anpassung im Ausländerrecht aber in Kraft treten kann, benötigt die Motion noch die Zustimmung des Ständerates.

Energiekrise
Robin-Hood-
Methoden

Den Menschen in Europa geht’s ans Lebendige. Die Lebenshaltungskosten steigen um 8 bis 10 Prozent in unseren Nachbarländern, gegen 20 Prozent im Baltikum. Ebensoviel verlieren Mindestlöhne an Wert, wenn sie nicht rasch genug angepasst wurden. Die Energiepreise gehen gar durch die Decke, sie verdoppeln oder verdreifachen sich. Der Eu-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

ropäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat ausgerechnet, dass Durchschnittsverdienende in vielen Ländern jetzt mehr als einen Monatslohn für Energiekosten aufbringen müssen. Wer einen Mindestlohn bezieht in Ländern wie Griechenland, Tschechien oder den Niederlanden, bezahlt gar über zwei Monatslöhne! Der EGB fordert ein Paket von Massnahmen: sofortige Erhöhung der Effektiv- und der Mindestlöhne, Entlastungszahlungen für Haushalte und KMU, Preisdeckel für Energiekosten und eine Sondersteuer auf die Extraprofiten der grossen Energiefirmen.

REGULIERUNG. Der EGB stellt die Energiewirtschaft auch grundsätzlich in Frage: Diese ist in der EU vollständig privatisiert und Spielball von Spekulation. Demgegenüber verlangt der EGB, dass die Energie zum öffentlichen Gut wird. Der Staat muss sie als Grundversorgung garantieren. Bereits jetzt greift die Politik in mehreren Ländern regulierend ein, auch mit Verstaatlichungen. So zum Beispiel beim Energiegiganten Uniper in Deutschland. Diese Politik darf aber nicht nur eine Rettungsübung in der Krise bleiben, sondern muss danach weitergeführt werden.

PROTESTE. Die EU-Kommission weiss, auf welch heissen Winter Europa zusteuert. Massenproteste sind vorprogrammiert. Die EU-Spitze ist deshalb zu unkonventionellen Massnahmen bereit: Sie schlägt eine Dekelung des Strompreises bei 180 Euro pro Megawattstunde vor. Auf dem Markt kostet diese 440 Euro. Die Differenz wird vom Staat eingezogen und an die bedürftigsten Haushalte und Betriebe rückverteilt. Die Kommission will auch Extraprofiten von Shell, BP und Co. in der Grössenordnung von 140 Milliarden Euro anzapfen. Bereits haben fünf Länder solche Übergewinnsteuern beschlossen. Die Neoliberalen von der NZZ und vom Think-Tank Avenir Suisse freuen sich überhaupt nicht über solche «Robin-Hood-Methoden». Für sie ist das nichts als Diebstahl. Die Betroffenen dagegen brauchen die Entlastung dringend.



Fragen zur Lehre
Unia-Jugendsekretär Julius Kopp beantwortet im Video Fragen von Jugendlichen zu den Arbeitsbedingungen in der Lehre.
unia.ch/fragen-lehre

Italien: Wo der Faschismus nicht mehr bloss Geschichte ist
«Die Wölfin ist im Haus»

100 Jahre nach Mussolini ergreift die Neofaschistin Giorgia Meloni in Italien die Macht. Doch bereits regt sich Widerstand.

OLIVER FAHRNI

Erinnern Sie sich an die «Sardinen»? Keine drei Jahre ist es her, da schüttelte diese antifaschistische Bewegung Italien kräftig durch. Was mit einem Flashmob auf der Piazza Maggiore von Bologna begonnen hatte, füllte bald Italiens Plätze. Zum «Weltsardinentag» gegen die extreme Rechte kurz vor Weihnachten 2019 versammelten sich mehr als 100 000 Menschen in Rom. Dann kam Covid.

Kürzlich riefen die «Sardinen» erneut zur Mobilisierung, um den angekündigten Durchmarsch der Neofaschistin Giorgia Meloni in letzter Minute noch zu verhindern. Ein trauriger Rest von 700 Unverzagten zeigte sich. Meloni aber, die 45jährige Gründerin der Partei Fratelli d'Italia (FdI), holte mit ihrer rechtsextremen Koalition die absolute Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments. Sie wird

Italiens Wahlkarte hat sich fast durchgehend braun gefärbt.

die erste Frau an der Spitze Italiens und die erste allein regierende Rechtsextreme in einem Gründungsland der EU. Rechtzeitig zum 100-Jahre-Jubiläum von Mussolinis Marsch auf Rom, der die Diktatur und die faschistischen Jahre in Europa (1922–1945) begründet hatte. Meloni fühlt sich als seine legitime Erbin (work berichtete: rebrand.ly/mussomeloni).

Immerhin widerstand ihr Bologna und wählte die Demokraten, aber grosse Teile der früher linken Emilia-Romagna fielen an die Fratelli. Auch die rote Hochburg Toscana kippte, Florenz ausgenommen. Da geht gerade eine lange Epoche zu Ende, in der Italiens Linke die fortschrittlichen Kräfte Europas inspiriert hatte.

So färbte sich die Wahlkarte fast durchwegs braun, von ein paar weiteren Ecken im Süden ausgenommen, wo die Fünf-Sterne-Bewegung einige Sitze retten konnte. 2018 war sie noch stärkste Kraft im Lande. Wofür diese Internet-Partei wirklich steht, ist nicht klar.

TRIO INFERNALE

Jetzt übernimmt also ein schreckliches Trio: Giorgia Meloni, Silvio Berlusconi mit seiner Konzernpartei Forza Italia und Matteo Salvini von der Lega. Europas Rechtsextreme jubeln, von Marine Le Pen in Frankreich über Ungarns Viktor Orbán



DURCHMARSCH: Mit ihrer rechtsextremen Koalition holte Giorgia Meloni die absolute Mehrheit in beiden Kammern des italienischen Parlaments. FOTO: GETTY

und die polnische PiS bis zu Spaniens Vox und den Schwedendemokraten. Manche Kommentatoren heucheln Überraschung, denn Meloni hat ihre Stimmenzahl seit 2018 verfünffacht. Nur ist sie keineswegs vom Himmel gefallen, weiss die Faschismus-Historikerin und Genfer Nationalrätin Stefania Prezioso Batou: «Berlusconi und Salvini haben ihr den Weg bereitet.»

Tatsächlich hat der Medienmogul und verurteilte Betrüger Berlusconi (Prezioso: «Dr. Frankenstein») in den insgesamt neun Regierungsjahren seit 1995, in denen er Italien wie eine Firma führte und mit Bunga-Bunga-Klatsch zuschüttete, das Land gründlich entpolitisiert. Salvini, der vor drei Jahren noch als der kommende starke Mann erschien, hat als Innenminister den Rassismus im Lande entfesselt (so liebäugelte er etwa mit der Rassentrennung in Zügen).

NEUES BÜNDNIS GEGEN RECHTS

Heute aber hält Meloni das Heft fest in der Hand. Der senile und zur Mumie geliftete «Berlue» musste von seiner 34jährigen Partnerin gleichsam zu den Meetings getragen werden. Mit ihm wird auch Forza Italia verschwinden. Salvinis Wählerinnen und Wähler sind in Massen zu Meloni übergelaufen, sogar in den Lega-Stammlanden im Norden. Noch krallt sich Salvini am Vorsitz der Lega fest, doch der Macho

ist geschrumpft. Meloni zu unterschätzen, wäre gefährlich, findet Geschichtsprofessorin Prezioso Batou. Gewiss wird die Neofaschistin vorerst Kreide fressen, um die 180 Milliarden Euro Zuwendungen aus dem Wiederaufbauplan der EU nicht zu gefährden. Doch rasch werde Meloni im Sturmschritt zur Sache gehen: gegen die Abtreibung, gegen die Immigranten, gegen jede Form von Opposition. Und für eine neue, autoritäre Verfassung. Prezioso: «30 Jahre lang haben wir vor dem Wolf gewarnt. Jetzt ist er im Haus.»

Wie Prezioso möchte auch der grosse alte Denker Carlo Ginzburg den Begriff Faschismus nicht durch zu häufige Verwendung entwerten. Kurz vor der Wahl sagte er der französischen Publikation «Mediapart»: «Wir befinden uns nicht wortwörtlich im Faschismus, wie er historisch war.» Aber was er unter anderem in den USA und in Italien sehe, lasse nur eine Schlussfolgerung zu: «Der Faschismus hat Zukunft.»

Es sei denn, die italienische Gesellschaft widerlegt Ginzburg. Für den 8. Oktober ruft der Gewerkschaftsbund CGIL zur grossen Demo in Rom. Gar einen Generalstreik planen die gewerkschaftlichen Basiskomitees Cobas am 2. Dezember. Und CGIL wie Cobas mobilisieren gemeinsam mit der Klimajugend für harte Klima-Aktionen. Ein solches Bündnis gab es noch nie.

Linke Taktik: Che disastro!

Che disastro, welche Katastrophe. Im neuen italienischen Parlament verliert das fortschrittliche Lager haushoch. Aber noch schlimmer: Die Katastrophe ist selbst verschuldet.

Noch kein Jahr ist's her, da siegten die Progressiven in vielen Regionalwahlen. Pragmatisch hatten sich der Partito Democratico (PD), die Cinque-Stelle-Bewegung (5 Stelle) und andere fortschrittliche Organisationen zusammengerauft.

Im Sommer spielten sie jedoch alle verrückt. Die 5 Stelle fuhren einmal mehr zickzack. Vor vier Jahren hatten sie als Protestpartei die Wahlen gewonnen. Darauf bildeten sie mit dem Rechtsextremen Salvini die Regierung, die aber bald zerfiel. Später wurden die 5 Stelle Teil der Grossen Koalition unter Mario Draghi. Ihre Wählerinnen und Wähler goutierten all dies jedoch nicht. Um sich

wieder zu profilieren, entzogen die 5 Stelle im Juli Draghi das Vertrauen. Dies war ein taktischer Fehler. Die drei rechten Parteien nutzten den Moment, um ihrerseits die Regierung zu stürzen.

FEHLER AM LAUFMETER. Nun machte auch der PD-Parteichef Enrico Letta einen strategischen Fehler nach dem anderen. Er war mit Draghis Regierung wie verheiratet. Völlig ausser sich über das Manöver der 5 Stelle schwor er, mit diesen unzuverlässigen Partnern nie mehr zusammenzuarbeiten. Stattdessen suchte er ein Bündnis mit windigen Politikern der «Mitte», die erst zusagten und Letta danach im Regen stehen liessen.

Im Wahlkampf profilieren sich die 5 Stelle klar als soziale Kraft, welche für die Anliegen der kleinen Leute kämpfte. Dies fiel umso leichter, als sich der rechte Parteiflügel im Sommer

abgespalten hatte. Letta dagegen wollte sich vor allem als demokratische und europäische Alternative zu den Rechtsaussen der Fratelli d'Italia profilieren. «Ich oder Meloni, Europa oder Orban.» Das ging völlig an den Problemen der Leute vorbei, die sich fragen, wie sie durch den nächsten Winter kommen.

WAHNSINN. Im Wahlergebnis zeigen sich diese Fehler nun schreiend. Der PD sackt ab, zusammen mit seinen Alliierten (Grüne, Sinistra Italiana und +Europa) kommt er nur auf 26 Prozent. Die 5 Stelle haben mit ihrer Kampagne im Süden Italiens zwar den Nerv getroffen. Aber insgesamt kommt die Partei doch nicht über 15 Prozent, halb so viel



NIEDERLAGE: Das fortschrittliche Lager machte zu viele Fehler. Jetzt regiert die Rechte im Parlament.

FOTO: KEYSTONE

wie vor vier Jahren. Millionen jüngere Wähler*innen blieben zu Hause. Mit einer mobilisierenden Einheitsliste der Progressiven sähe das Resultat heute anders aus. Denn vielerorts war es wie in Apuliens Hauptort Bari: Die 5 Stelle kamen auf 29 Prozent, der PD auf 26 Prozent, die Fratelli auf 37 Prozent. Dank der rechten Wahlallianz bekommen Melonis Fratelli nun den Sitz. Wäre das fortschrittliche Lager nicht so verrückt gewesen, hätte es mit zusammen 55 Prozent den Sitz auf sicher gehabt. Che follia, welcher Wahnsinn!



WEG MIT BOLSONARO: Viele Brasilianerinnen und Brasilianer haben genug von der Miss- und Vetternwirtschaft des amtierenden Präsidenten. FOTO: KEY

Am 2. Oktober wählt Brasilien einen neuen Präsidenten

Mit Lula kommt die Hoffnung zurück

Jair Bolsonaro, der rechtsextreme Präsident, klammert sich an die Macht. Doch Lula, der Arbeiterpartei-Kandidat, liegt in allen Umfragen klar vorne.

NIKLAS FRANZEN, SÃO PAULO

Wenn Adriano Silva Freitas durch die Strassen seines Viertels läuft, sieht er das pure Elend: «Viele Menschen sind am Hungern.» Freitas – 45 Jahre, Basecap, leichter Silberblick – kommt aus dem armen Stadtrand São Paulos. An diesem Tag ist er jedoch im Zentrum der Megametropole unterwegs,



ADRIANO SILVA FREITAS: «Bolsonaro muss weg.»

FOTO: NIKLAS FRANZEN

um Flyer für die Arbeiterpartei PT zu verteilen. Für ihn ist klar: «Präsident Jair Bolsonaro muss weg.» Der ultrarechte Bolsonaro will am 2. Oktober wiedergewählt werden, liegt in den Umfragen aber klar hinter Luiz Inácio Lula da Silva. Lula, ein ehemaliger Gewerkschaftsführer, ist der Kandidat der Arbeiterpartei und regierte bereits von 2003 bis 2010. Nach dem Beginn einer schweren Wirtschaftskrise, der Aufdeckung gigantischer Korruptionsskandale und fragwürdiger Prozesse fiel die PT ganz tief: Lulas Nachfolgerin wurde ihr Amt entzogen, Lula kam in Haft. Mittlerweile sind alle Urteile gegen ihn annulliert, und Lula plant, an die Spitze des grössten Landes Lateinamerikas zurückzukehren.

LICHTGESTALT LULA

Bolsonaro war es 2018 gelungen, viele Wählerinnen und Wähler hinter sich zu bringen, mit seiner Inszenierung als Anti-Establishment-Kandidat und dem geschickten Einsatz der sozialen Medien. In diesem Jahr dürfte ein ähnlicher Erfolg schwierig werden. Bolsonaros grösste Probleme: die schwere Wirtschaftskrise und die wachsende Armut. Die Inflation ist hoch, die Energiepreise steigen, und die Arbeitslosigkeit klettert auf immer

neue Rekordwerte. Anfang August zeigte ein Titelfoto der Tageszeitung «O Globo» Menschen, die in einem Müllwagen nach Essensresten suchten. 31 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer hungern bereits. Das sind 15 Prozent der Bevölkerung.

So blicken viele Brasilianerinnen und Brasilianer sehnsüchtig auf die Amtszeiten von Gewerkschafter Lula zurück. Er setzte ambitionierte Sozialprogramme um. Schwarze konnte erstmals Universitäten besuchen, Hausangestellte bekamen Rechte zugesprochen, Millionen entflohen der Armut. So auch PT-Mitglied Adriano Silva Freitas. Er sei ein «Alles-Macher», habe viele Jobs: Elektriker, Spengler, Maler. Für Menschen wie ihn gab es in Brasilien nur wenige Chancen. Doch als Lula regierte, konnte er ein Haus bauen und ein Auto kaufen. Bei vielen Armen gilt der Sozialdemokrat mit Kratzstimme als Lichtgestalt. Doch nicht alle wollen seine Rückkehr.

BOLSONARO, DER GELDWÄSCHER?

Auf der Avenida Paulista steht ein kleiner Zeitungskiosk. Überall hängen Brasilienfahnen und Portraits von Bolsonaro. «Er ist mein Kandidat», sagt Jorge Valdo Santos, 58. Wie so viele Glücksritter kam er aus dem armen Nordosten nach São Paulo. Heute betreibt Santos den Kiosk auf der bekanntesten Strasse von São Paulo, die einem Betonwald aus Wolkenkratzen gleicht.

Was er an Bolsonaro mag? «Er denkt an die Familie und ist ehrlich.» Ausserdem gebe es in seiner Regierung keine Korruption. Das stimmt nur bedingt. Dem Präsidenten selbst konnte zwar keine Korruption nachgewiesen werden, aber mehrere Ministerinnen und Minister sowie die Söhne Bolsonaros sind in Skandale verstrickt. Zwei Journalistinnen des Onlinemediums UOL deckten kürzlich auf,

15 Prozent der Menschen in Brasilien hungern.

dass die Bolsonaro-Familie 51 ihrer 107 Immobilien mit Bargeld bezahlt haben soll. Gegen den Präsidenten, der sich gerne als Kämpfer gegen Korruption und Vetternwirtschaft inszeniert, steht nun der Vorwurf der Geldwäsche im Raum.

Ein junge Frau kommt in den Kiosk, nimmt zwei Tüten Saft aus dem Kühlschrank, geht zur Kasse. «Die kannst du beim nächsten Mal bezahlen!» sagt Santos.

Der Verkäufer kennt viele seiner Kundinnen und Kunden, ist freundlich, scherzt herum. Er ist kein fanatischer Rechtsextremist – und doch ein typischer Bolsonaro-Wähler.

ANGST VOR GEWALT

Bolsonaro ist vor allem der Kandidat der weissen Mittel- und Oberschicht. Doch auch viele Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen den Ex-Militär. Im Stadtteil des PT-Aktivistin Freitas hätten 2018 viele aus Angst vor Gewalt für den Rechtsradikalen gestimmt. 2017, im Jahr vor der Wahl, wurden mehr als 60 000 Menschen in Brasilien ermordet.



JORGE VALDO SANTOS: «Bolsonaro denkt an die Familie.»

FOTO: NIKLAS FRANZEN

Nähe sucht. Ihre Heilsversprechen kommen gerade bei den Armen gut an.

TRUMP-TRICKS

Bolsonaro versucht, auf die schwachen Umfragewerte bei armen Brasilianerinnen und Brasilianer zu reagieren. Auf Antrag der Regierung beschloss das Parlament unlängst mehr Ausgaben für Sozialhilfe – allerdings auf drei Monate befristet. Es ist zweifelhaft, ob dies Bolsonaro helfen wird, zu dem mit weitem Vorsprung führenden Lula aufzuschliessen. Lula verkündete zuletzt sogar selbstbewusst, in der ersten Runde gewinnen zu wollen – was allerdings recht unwahrscheinlich ist. Kommt kein Kandidat auf über 50 Prozent der Stimmen, gibt es am 30. Oktober eine Stichwahl.

Bolsonaro verbreitet seit Monaten Lügen über das elektronische Wahlsystem und scheint die Ergebnisse im Stile Donald Trumps anzweifeln zu wollen. Doch die demokratischen Institutionen trotzen bisher den autoritären Sehnsüchten des Präsidenten. Auch PT-Aktivist Freitas ist sich sicher: Lula wird Präsident. «Dann kommt die Hoffnung zurück nach Brasilien.»



DIE GIER DER KRANKENKASSEN-MOGLUN

Bundeshaus Bern, Mittwoch, den 14. September. Die energische Berner SP-Nationalrätin Flavia Wasserfallen pflegt eine wohlthuend klare Sprache: Die selbstverordneten Saläre der Krankenkassen-Moguln seien ein «reiner Skandal». Daraufhin akzeptierte der Nationalrat mit 113 gegen 74 Stimmen die sozialdemokratische Motion, welche die Löhne der Krankenkassen-

Wir haben weiterhin ein von mächtigen Privatinteressen kolonisiertes Parlament.

Chefs und -Chefinnen auf 250 000 Franken pro Jahr und jene der Verwaltungsrätinnen

und Verwaltungsräte auf 50 000 Franken jährlich beschränken will. Auf Anfang nächsten Jahres steigen die Krankenkassenprämien im Schnitt um 6,6 Prozent. Unter diesen Umständen ist die Gier der Kassen-Moguln für die Bevölkerung wirklich skandalös.

«WIRTSCHAFTSFREIHEIT». Beispiele: Sanitas-Chef Andreas Schönenberger kassierte im letzten Jahr als Lohn und als Einzahlung für seine Pension rund eine Million Franken. Philomena Colatrella (CSS) und Thomas Boyer (Groupe Mutuel) sackten je um die 800 000 Franken ein. Dazu kamen jeweils noch fette Spesenrechnungen, welche die Kassen übernahmen. Die bürgerliche Mehrheit des Bundesrates lehnt eine Gehaltsbeschränkung jedoch ab. Begründung: Krankenkassen seien private Unternehmen, und ein Eingriff in die Lohnpolitik wäre eine Verletzung der verfassungsrechtlich garantierten Wirtschaftsfreiheit. Diese Argumentation ist ein Blödsinn. Auch wenn die Kassen keine Staatsbetriebe sind, ist ihre wirtschaftliche Grundlage eine staatliche Kompetenz. Denn alle Bewohnerinnen und Bewohner des Landes sind gesetzlich verpflichtet, eine Krankenversicherung abzuschliessen. Die nächste Schlacht steht bevor. Um Rechtskraft zu erreichen, muss die Motion auch vom Ständerat angenommen werden. Dort sind die FDP und die Mitte stark, und sie lehnen die Motion ab. Die Schweiz ist eine der seltenen parlamentarischen Demokratien, die kein Unvereinbarkeitsgesetz kennt. Hoch bezahlte Abgeordnete – Männer und Frauen – sitzen in den Verwaltungsräten von Grossbanken, Konzernen und eben Krankenversicherungen. Und im Parlament entscheiden sie angeblich frei und unbeeindruckt über die für ihre Geldgeber besonders wichtigen Normen.

FREIHEIT DER LOBBYISTEN. Wie frei die Nationalrätinnen und Nationalräte ihre Stimme abgeben, ist nicht zu kontrollieren. Alle Bemühungen, insbesondere der sozialdemokratischen Fraktion, zur Schaffung eines Gesetzes über die Unvereinbarkeit von privaten und öffentlichrechtlichen Mandaten sind bislang gescheitert. Besonders schockierend ist die Situation im Ständerat. Seine Gesundheitskommission wird dominiert von sechs Ständeräten und einer Ständerätin, die allesamt als Kassenpräsidenten oder -verwaltungsräte reich dotiert sind. Und sie sollen frei und unbeeindruckt abstimmen, wenn es um Saläre und Prämienerrhöhungen geht? Wir haben weiterhin ein von mächtigen Privatinteressen kolonisiertes Parlament.

Die nächsten eidgenössischen Wahlen sind im nächsten Jahr. Die Öffentlichkeit muss endlich die hochbezahlten Lobbyistinnen und Lobbyisten der Krankenkassen aus dem Parlament jagen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam diesen Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Nach nur sieben Tagen Streik: Spaniens Schiedsrichterinnen schaffen den Durchbruch Sieg für die «Compañeras»

Fulminant war der Streik, mit dem die Schiedsrichterinnen des spanischen Spitz Fussballs der Diskriminierung die rote Karte gezeigt haben! Jetzt gibt's für sie fünfmal mehr Lohn – und einen historischen Vertrag.

JONAS KOMPOSCH
Die Saison wurde gerade erst angepiffen, und schon feiert Spaniens Fussballwelt einen Triumph der Extraklasse. Für einmal aber sind es die Unparteiischen, die am lautesten jubeln. Die Schiedsrichterinnen der «Liga F», der höchsten Frauenliga, haben näm-

Bisher gab es für die Frauen nicht einmal Arbeitsverträge.

lich gestreikt (work berichtete: rebrand.ly/lohnfoul) – und schon nach sieben Tagen gesiegt! Neu verdienen sie pro Match 1666 Euro statt wie bisher 320. Und eine Linienrichterin erhält 1066 statt bloss 160 Euro. Ein grosser Lohngump! Trotzdem: Zu Spitzenverdienerinnen werden die Frauen damit noch lange nicht:

34 000 Euro beträgt künftig ihr jährlicher Mindestverdienst. Bei den Männerprofis sind es durchschnittlich bis zu 150 000 Euro!

ENDLICH EINE RENTE
Dennoch sind die erstreikten Verbesserungen für die Frauen massiv: Zuvor gab es gar keine Mindestlöhne, sondern eben Mini-Gagen, die oft nicht einmal die Reisekosten deckten. Sämtliche Frauen-Schiris waren deshalb auf einen Zweitberuf angewiesen. Das wiederum verhinderte eine seriöse Vor- und Nachbereitung der Spiele. Und weil die Schiedsrichterinnen nicht einmal Arbeitsverträge hatten, gab es für sie bisher auch keine Altersvorsorge und keine Lohnfortzahlung bei Unfall und Krankheit. Auch damit ist nun Schluss. Die Nationale Sportbehörde (CSD), die im Streik vermittelt hat, sowie der Königliche Spanische Fussballverband (RFEF) erklärten sich bereit, einen Rentenfonds zu öffnen und diesen bis 2024 mit jährlich je 350 000 Euro zu speisen. Ab 2025 werden diese Summen dann die Vereine und die Frauenliga zahlen müssen. So sieht es ein Abkommen vor, das die Konfliktparteien am 14. September unterzeichnet haben.

Dass die Verbandsoberen der Liga Profesional de Fútbol Femenino (LPFF) schon nach einer Streikwoche eingeknickt sind, lässt tief blicken. Denn zunächst

hatten sie auf kompromisslose Hardcore-Chefinnen gemacht – und gedroht: Man werde sich nicht «erpressen» lassen, sondern alle Streikenden auf Schadenersatz verklagen.

Zwei Tage später krebste die Liga schon zurück und bot einen Jahreslohn von 25 000 Euro. Die vereinigten Schiris forderten aber 50 000 und streikten weiter. Der Saisonstart musste verschoben werden. Die Liga rechnete damit, dass der Streik unter dem Druck einer öffentlichen Empörungswelle zusammenbrechen würde. Doch das Gegenteil war der Fall.

SOLIDARISCHE MÄNNER
Streiksprecherin Marta Huerta de Aza (32) sagt: «Wir haben unzählige Solidaritätsnachrichten erhalten.» Besonders die Profifussballerinnen hätten sich auf ihre Seite geschlagen. Das sei nur logisch, denn die Spielerinnen hätten ebenfalls lange für professionelle Arbeitsbedingungen kämpfen müssen (siehe Spalte). «Jetzt sind sie mit uns!» freut sich Huerta de Aza, die im Nebenberuf Lehrerin ist. Unterstützung gab es aber auch von den Männer-Schiris der Primera und der Segunda División: «Wir solidarisieren uns mit unseren Compañeras!» liessen sie verlauten. Es könne schliesslich nicht sein, dass ein Profi-Wettbewerb unter Amateur-Bedingungen geleitet werde. Kann nicht sein – und ist nicht mehr!



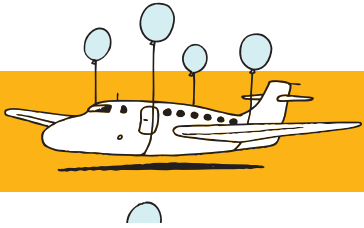
GESCHAFFT! Jetzt können sich Streik-Sprecherin Marta Huerta de Aza und ihre Kolleginnen über bessere Löhne und Renten freuen. FOTO: ALAMY

LOHNSTREIK:
FUSSBALLERINNEN MACHTEN ES VOR

Seit diesem Sommer herrscht Lohnungleichheit im spanischen Nationalfussball: Erstmals verdienen die Kickerinnen der Frauen-Nati ebenso viel wie die Kollegen der Männer-Nati. Auch Bonuszahlungen, Reisespesen und TV-Prämien wurden angeglichen. Das kommt nicht von ungefähr. Spaniens Ballkünstlerinnen haben jahrelang Vollgas gegeben. Primär auf dem Platz: Seit der WM-Teilnahme 2015 boomt der Frauenfussball, füllt Stadien und setzt Millionen um.

SOFORT GEWIRKT. Aber auch neben dem Feld haben die Spielerinnen Einsatz gezeigt: In langwierigen Verhandlungen versuchten sie, den Clubs anständige Arbeitsbedingungen abzurufen. Denn Halbtagesverträge und Monatslöhne von 300 bis 500 Euro waren die Norm. Mehr liege nicht drin, behaupteten die Vereine. 2019 war die Geduld zu Ende. Die Futbolistas traten geschlossen in den Streik – unbefristet! Das wirkte sofort. Nach zwei Tagen erhielten alle Spielerinnen den geforderten Mindestlohn von 16 000 Euro pro Jahr. (jok)

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Elektroflieger: Fliegen wir bald in 25 Minuten und CO₂-frei von Belp BE nach Agno TI?

Regionalflughäfen sind heute zum Tode verurteilt. Bekommen sie dank umweltfreundlichen und günstigen Elektrofliegern eine zweite Chance? Vielleicht und vielleicht auch nicht.

Viele Leserinnen und Leser von work haben ein Problem. Sie wissen: Der und die Kluge fahren mit dem Zuge. Und eigentlich sollten sie nicht mit dem Flugzeug in die Ferien fliegen. Andererseits können sie den Versuchungen der Luftfahrtindustrie nicht widerstehen. Zoomen ist gut und recht, aber es ersetzt selbst für Geschäftsleute nicht den realen Kontakt zwischen Menschen. Deshalb füllen sich die Wartehallen der Flughäfen jetzt wieder. Und dies, obwohl das Fliegen teurer wird. Die Preise für das Kerosin haben sich verdreifacht. Viele gehen davon aus, dass nächstens synthetisch hergestelltes Kerosin nicht mehr teurer sein wird als fossiles. Wäre ja schön und gut, nur entstehen auch beim Verbrennen von synthetischem Kerosin Kondensstreifen, die die Umwelt massiv belasten.

Eine Zwischenbemerkung: Das 2021 an der Urne abgelehnte CO₂-Gesetz sah eine Flugticketabgabe vor. Sie nahm sich finanziell gesehen wie ein Fliegenschiss aus, verglichen mit der durch Putin bewirkten Erhöhung der Kerosinpreise. Heute kostet ein Flug nach Mallorca und zurück rund 160 Franken mehr als vor Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine. Somit 5 Mal mehr als die Flugticket-



HÜBSCHER VOGEL: Das Elektroflugzeug ES-19 aus Schweden ist ein Hoffnungsträger für umweltschonendes und erst noch kostengünstiges Fliegen. FOTO: HEARTAEROSPACE.COM

abgabe, die erst noch immerhin zur Hälfte zurückerstattet worden wäre.

STARKER ARM. In der Krise haben viele Fluggesellschaften Personal entlassen, um Kosten zu sparen. Und viele Mitarbeitende haben den Job gewechselt, weil es national und international keine oder zu wenig hohe Kurzarbeitsentschädigungen gab und gibt.

Jetzt fehlt dieses Personal an allen Ecken und Enden. Lufthansa, Swiss & Co. sind unter Druck. Und die Mitarbeitenden fordern jetzt richtigerweise bessere Löhne. Erste Streiks beweisen: Wenn dein starker Arm es

will, stehen fast alle Turbinen still! Bleibt der Ruf nach dem technischen Fortschritt: Welche Technologie wird sich für Kurz-, Mittel- und Langstrecken auf dem Weg zum hoffentlich eines Tages CO₂-freien Fliegen durchsetzen? Noch lichtet sich der Nebel absehbar nur für Kurzstrecken.

Heute sind in Norwegen bereits 30 Prozent der Fahrzeuge reine Elektroautos. Nächstens – das heisst schon 2026 – sollen schwedische Elektroflieger mit vorerst 19 und später 30 Sitzplätzen das Fliegen umweltfreundlich und billig machen.

Versprechen 1: Das Elektroflugzeug ES-19 des schwedischen Start-up-

Luftfahrtunternehmens Heart Aerospace braucht nur eine 750 Meter lange Startbahn. Es kann also selbst von jenem Hotelflugplatz aus starten, den Fliegerbundesrat Alain Berset jüngst bei seinem mehr oder weniger wilden Ritt nach Frankreich benutzt hat.

Versprechen 2: Mit den heutigen Batterien kann der ES-Elektroflieger 400 Kilometer weit fliegen. Mit den Batterien der nächsten Generation absehbar 800 Kilometer.

Versprechen 3: Die Kosten für den Unterhalt sinken von 100 Prozent auf 25 Prozent, weil Elektromotoren verdammt wartungsarm sind.

Versprechen 4: Der ES-19 mit 19 Plätzen für Passagiere und 2 Plätzen für Pilotinnen und Piloten verfügt über vier Motoren mit einer Leistung von je 400 Kilowatt. Pro hundert Kilometer dürften sie 200 Kilowattstunden Strom brauchen. Dies entspricht einem Franken pro Passagier und Kilometer, wenn der Solarstrom neben dem Flugfeld produziert wird.

In Norwegen will man den Flieger zum Beispiel zwischen Bergen und Stavanger über die Fjorde hinweg einsetzen. Heute braucht man für die Strecke mindestens 3 Stunden. Mit dem Elektroflieger würde man dies umweltfreundlich in 25 Minuten schaffen.

Kann das auch für die Schweiz taugen? Vermutlich schon. Die Luftlinie zwischen Lugano und Bern etwa beträgt 155 Kilometer. Der Flug mit dem Schweden-Elektroflieger würde

20 Minuten dauern. Optimalerweise könnte man die ganze Reisezeit auf unter eine Stunde drücken. Im Gegensatz dazu dauert die Fahrt mit der Bahn trotz Ceneri- und Gotthardtunnel mehr als 3 Stunden. Dafür landet man mitten in den Städten. Und nicht ausserhalb.

Kurz nach dem Verfassen dieses Artikels ändert Heart Aerospace die Pläne: Das neue Flugzeug soll nicht mehr 19, sondern 30 Sitzplätze aufweisen. Es wird nicht 2026 auf den Markt kommen, sondern erst 2028. Dafür sollen die Kosten pro Personenkilometer noch günstiger werden. Logo, denn die beiden Pilotinnen oder Piloten transportieren pro Flug 11 Passagiere mehr. Der Trost für alle Ungeduldigen: Auch der ES-30 sollte auf dem Flugplatz von Bersets Hotel Bournizeaux in Frankreich, landen und starten können.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/berset-fliegt
Der Flugplatz des Hotels, das Alain Berset angesteuert hat, weist eine Länge von 1120 Metern auf.
- rebrand.ly/es30-landet
Auf der Homepage startet und landet jetzt der auf 30 Passagiere aufgebohrte schwedische Elektroflieger ES-30.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Vor 150 Jahren entstand im Berner Jura die anarchistische Internationale Bakunin in Saint-Imier

Im September 1872 war das kleine Dorf Saint-Imier im Berner Jura ein weltgeschichtlicher Brennpunkt: Anarchisten aus ganz Europa versammelten sich dort zu einem Kongress. Er sollte weitreichende Folgen haben.

RALPH HUG

Die Kongressteilnehmer, lauter Männer, waren erbst. Ihre Zielscheibe: Karl Marx, Chef der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA). Ihm warfen sie autoritäres Gebaren und diktatorischen Zentralismus vor. Das war nicht nach dem Geschmack von Anarchisten. Und der Grund, weshalb sie am 15. September 1872 nach Saint-Imier ins Hôtel de ville kamen. Diese Revolutionäre wollten zwar ebenfalls den ausbeuterischen Kapitalismus los werden. Wie Marx predigten auch sie den Umsturz. Aber sie lehnten Zwang, Hierarchie und Herrschaft strikte ab. Stattdessen propagierten sie individuelle Freiheit, Autonomie und Selbstverwaltung. «Ni dieu ni maître» (weder Gott noch Meister) sollte ihre berühmte Losung lauten.

JURASSISCHE AKTIVISTEN

Leute mit grossen Namen kamen nach Saint-Imier. Etwa Michail Bakunin, ein wichtiger Theoretiker des Anarchismus. Der bärtige Russe beeindruckte die Menschen durch seine mächtige Gestalt. Er

Anarchie im Kino: «Unrueh»

Der Zürcher Filmemacher Cyril Schäublin hat einen Spielfilm über die Uhrmacherinnen und Uhrmacher im Jura und den Anarchismus gedreht: «Unrueh» blendet zurück in die 1870er Jahre, als die Globalisierung die Uhrenindustrie im Jura erfasste und dort unter den Búezerinnen und Búezern anarchistische Ideale erblühen liess. Schäublin erhielt an der diesjährigen Berlinale den Preis für die beste Regie. Der Film kommt im November in die Schweizer Kinos.



IN DER ENGE DER ATELIERS: Den Uhrmachern von damals bot der Anarchismus die Vision einer besseren Welt. BILD ARCHIV HR. BRAMAZ

konnte stundenlang referieren und pausenlos rauchen. Bakunin war bei vielen Aufständen und Umstürzen in ganz Europa an vorderster Front dabei gewesen. Unter den Anarchistinnen und Anarchisten galt er als die personifizierte Revolution. Auch der Italiener Giuseppe Fanelli und der damals erst 20-jährige Errico Malatesta waren in Saint-Imier anwesend. Eine Hauptrolle am Kongress spielten aber drei Schweizer.

Der Lehrer James Guillaume sowie die Brüder Léon und Adhémar Schwitzguébel waren Einheimische. Sie hatten schon früh anarchistische Ideen verbreitet und die Jura-Föderation gegründet. Im Umfeld der Uhrmacher von Saint-Imier und Sonvilier fanden sie ein fruchtbares Umfeld.

Warum sich der Anarchismus gerade dort so gut ausbreiten konnte, hat Florian Eitel, heute Kurator für Geschichte am Neuen Museum in Biel, in einer umfangreichen Studie untersucht.* Das abgelegene Tal war damals im Umbruch. Eisenbahn und Telegraphie zogen ein, Firmen wie Longines produzierten für den Weltmarkt. Diese Globalisierung verunsicherte die Uhrmacher zutiefst und schweisste sie zusammen. Der Anarchismus bot ihnen

den Traum vom besseren Leben in einer herrschaftsfreien Welt ohne Ausbeutung. So konnte ein unscheinbares Uhrmacher-Dörfchen im Berner Jura plötzlich Weltgeschichte schreiben.

FEINDBILD MARX

Die Fehde mit Übervater Karl Marx trug das Ihre dazu bei, dass Saint-Imier bekannt und zum wichtigsten Erinnerungsort des Anarchismus wurde. Der Kongress diente vor allem dazu, sich von Marx loszusagen und eine eigene Organisation, die antiautoritäre Internationale, zu gründen. Kurz zuvor hatte Marx seinen Widersacher Bakunin, aber auch Guillaume und Schwitzguébel aus der IAA hinausgeworfen. Marx wendete notorisch viel Energie darauf, diese «Abweichler» zu bekämpfen.

Die Ausbeute des Kongresses stand im umgekehrten Verhältnis zu seinen Folgen. Es gab nur vier Resolutionen, die auf gut zwei A4-Seiten Platz hatten. Aber dieses Papier hatte es in sich. Es skizziert nämlich das Programm des Anarchismus oder libertären Kommunismus, der sich dann zu einer globalen politischen Bewegung entwickelte. Durch Aufstände soll der Kapitalismus überwunden und durch

eine freie Assoziation von autonomen Produzenten ersetzt werden: Bis auf den heutigen Tag vermag diese Vision von der grossen Freiheit und einer Welt ohne Zwang Menschen zu begeistern und zu mobilisieren.

In Saint-Imier selber ist das anarchistische Ideengut immer noch lebendig: im Kulturzentrum «Espace noir» und durch Verfechter wie Aktivist Michel Némitz. Er hat zusammen mit einem Kollektiv aus La Chaux-de-Fonds den Dokumentarfilm «Jura libertaire» in Erinnerung an den Kongress gedreht. Die Unia hat das Werk mit einem Beitrag unterstützt. Und auch der Zürcher Regisseur Cyril Schäublin bringt die anarchistische Geschichte von Saint-Imier demnächst als Spielfilm ins Kino (siehe Box). Die Gemeinde selber aber schweigt lieber über ihre Vergangenheit. Angaben über den historisch wichtigen Kongress sucht man auf ihrer Website vergeblich.

* Florian Eitel: **Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz**. Transcript-Verlag, Bielefeld 2018.

Mitmach-Archiv Thurgauer Industriege

Von wegen Mostindien! Im Kanton Thurgau gibt es nicht nur Apfelbäume, sondern auch eine reiche Industriekultur. Noch bis in die 1970er Jahre lebten die Hälfte der Thurgauerinnen und Thurgauer von Fabrikarbeit. Damit die Geschichten aus dem Industrialltag nicht vergessen gehen, startete das Historische Museum Thurgau 2014 ein Onlinearchiv mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Unterdessen ist eine hochinteressante Videosammlung entstanden. Eher rar sind allerdings Berichte von Gewerkschaftsmitgliedern und Zugezogenen. Wer also noch etwas zu erzählen weiss: ungeniert melden, jeder Beitrag ist willkommen!

Zeitzeugeninterviews schauen und geben: meineindustriengeschichte.ch. Telefonkontakt: +41 58 345 73 80.

Miet-Nation Schweiz Schluss mit Bschiess

Die Schweiz ist eine Miet-Nation. 58 Prozent der Bevölkerung besitzen kein Wohneigentum – Europa-rekord! Doch gerade hier werden Mietende extrem geschröpft, illegal noch dazu. Jüngst brachte eine Studie ans Licht: Im Schnitt 370 Franken mehr, als das Gesetz erlaubt, zahlte 2021 jeder Mietshaushalt – monatlich! (nachzulesen auf: rebrand.ly/bass-mieten). Zum Glück gibt es den Mieterinnen- und Mieterverband (MV). Er hilft Mitgliedern mit kostenloser Rechtsberatung. Und er kämpft für eine soziale Wohnpolitik. Immer mehr



GUTER RAT: Mitglied werden beim Mieterinnen- und Mieterverband.

Menschen wissen das zu schätzen: Seit 2014 ist der MV stetig gewachsen – auf heute über 227'000 Mitglieder. Werden auch Sie Mitglied – am besten sofort! Dann erhalten Sie den Beitrag für das laufende Jahr geschenkt.

Eine MV-Mitgliedschaft kostet je nach Kanton zwischen 55 und 100 Franken pro Jahr. mieterverband.ch

Kritische Bilanz Frauen und Corona

Die Coronakrise hat die Schere zwischen Arm und Reich abermals vergrössert. Das ist bekannt. Doch wie unterschiedlich hat sie die Geschlechter getroffen? Das ist noch kümmerlich analysiert. Umso wertvoller ist die eben erschienene Textsammlung von Economiefeministen, der Schweizer Plattform für feministische Ökonomie. Elf Autorinnen präsentieren darin Antworten zu drängenden Fragen. Etwa: Hat die männlich dominierte Krisenpolitik die Frauen ernst genommen? Fand eine Re-Traditionalisierung der Rollenbilder statt? Und was haben Pflegenden aus der Krise gelernt? Keine Bettelkürre, aber eine, die sich lohnt. Denn die Erkenntnisse überraschen oft!

Systemrelevant – und nun? Frauen, Corona und die Sorge- und Versorgungsarbeit. Economiefeministe (Hg.), Bern 2022. Gratis unter: rebrand.ly/system-relevant.

worklxl der wirtschaft

David Gallusser



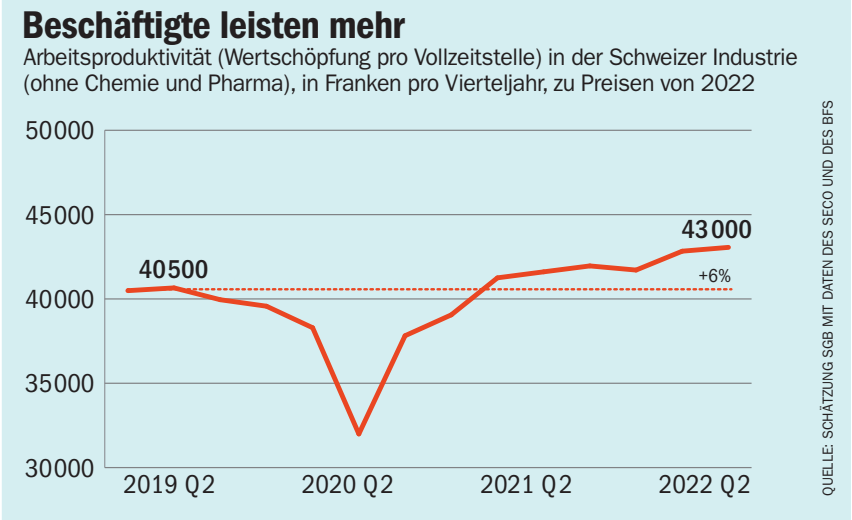
PRODUKTIVITÄTSSCHUB IN DER INDUSTRIE

Wir leben in wirtschaftlich turbulenten Zeiten, wie die Schweizer Industrie eindrücklich zeigt. Ende 2019 hätte wohl niemand gedacht, dass wenige Wochen später ein Virus die Produktion fast zum Erliegen brächte. Umgekehrt war es während der ersten Coronawelle schwer vorstellbar, dass sich die Industrie innert kurzer Zeit erholen und sogar noch mehr herstellen würde als zuvor. Trotzdem beobachten wir ein solches Auf und Ab. Die Industrie – ohne Chemie und Pharma – produzierte im zweiten Quartal dieses Jahres mehr als im gleichen Quartal 2019. Im Maschinenbau, in der Metallindustrie und der Herstellung von Präzisionsinstrumenten konnten viele neue Aufträge gewonnen werden. Das führte zu höheren Umsätzen – und auch Gewinnen.

HÖHERE PRODUKTIVITÄT. Die Industrie erledigt diese höhere Produktion weitgehend mit bestehenden Anlagen. Die Auslastung nahm stark zu. Gemäss der Konjunkturforschungsstelle der ETH liegt sie in der Maschinenindustrie

aktuell bei durchschnittlich rund 90 Prozent, bei den kleineren Zulieferern liegt sie laut dem Branchenverband Swissmechanic sogar noch höher. Aber nicht nur den Anlagen wird viel abverlangt. Auch die Beschäftigten in der Industrie leisten deutlich mehr. Denn die Unternehmen haben trotz Mehrproduktion bisher nur wenige zusätzliche Mitarbeitende eingestellt. Deshalb sehen wir einen Anstieg der Produktivität. Eine Vollzeitbeschäftigte in der Industrie erarbeitete zuletzt durchschnittlich Waren und Dienstleistungen im Wert von 43'000 Franken pro Vierteljahr. Vor der Pandemie waren es noch 40'500 Franken (vgl. Grafik).

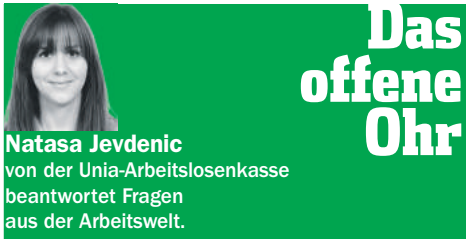
SONDEREFFORT NÖTIG. Die Industrie kann dieses Tempo kaum hochhalten. Mit der Auslastung steigt das Risiko von Fehlern. Zudem sehen sich Firmen in dieser Situation eher gezwungen, Aufträge abzulehnen. Viele wollen daher Investitionen tätigen und neue Beschäftigte anstellen. Gleichzeitig dürfte die Produktion in den kommenden



Monaten nicht mehr gleich steigen wie bisher, denn: es mehren sich die Anzeichen, dass es zu einer wirtschaftlichen Abkühlung kommt. Längerfristig werden auf eine weitgehend unveränderte Produktion deshalb mehr Beschäftigte kommen. Die Produktivität dürfte dadurch leicht sinken. Ganz

aufs alte, tiefere Niveau zurückkehren wird sie aber wohl nicht. Und so oder so muss der Sondereffort, den die Beschäftigten in den letzten eineinhalb Jahren geleistet haben, mit höheren Löhnen entschädigt werden.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).



Das offene Ohr
Natasa Jevdencic
von der Unia-Arbeitslosenkasse
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Arbeitslosentaggeld I:
Wie wirkt sich
die Mutterschaft aus?
Ich war arbeitslos und bin in dieser Zeit
schwanger geworden. Bis zur Geburt
erhalte ich Taggelder der Arbeitslosen-
versicherung und anschliessend
Mutterschaftentschädigung. Nach der
Geburt nahm ich mir eine Auszeit von
einem Jahr, damit ich mich um meine
Kinder (12 Jahre und Neugeborenes)
kümmern konnte. Deshalb wurde ich
von der Arbeitslosenversicherung abge-
meldet. Jetzt bin ich wieder auf Stellen-
suche. Als ich mich bei der Arbeits-
losenkasse wieder anmeldete, wurde
mir aber gesagt, ich hätte keinen An-
spruch auf Leistungen, da ich die Bei-
tragszeit nicht erfülle. Ist das richtig?

NATASA JEVDENIC: Nein. Es ist grund-
sätzlich korrekt, dass die Beitragszeit er-
füllt oder ein Grund für die Befreiung von
dieser Pflicht vorliegen muss, um Lei-
stungen der Arbeitslosenkasse beziehen
zu können. Die Erziehung eigener Kinder
ist kein solcher Grund. Doch wenn Sie
zu Beginn der Erziehungszeit arbeitslos
waren und eine Rahmenfrist für den



SCHWANGER UND AUF ARBEITSSUCHE:
Ein Kind verändert vieles. Auch bei der
Arbeitslosenversicherung. FOTO: ISTOCK

Leistungsbezug lief, kann diese Rah-
menfrist bei einer Wiederanmeldung um
zwei Jahre verlängert werden. So haben
Sie die Möglichkeit, den Rest derjenigen
Taggelder zu beziehen, die zum Zeit-
punkt Ihrer Abmeldung für die Kinder-
erziehung noch übrigblieben.
Wichtig ist, dass das Kind, für das Sie
die Erziehungszeit bezogen haben, zum
Zeitpunkt Ihrer Wiederanmeldung bei der
Arbeitslosenkasse das 10. Altersjahr
noch nicht erreicht hat. Zudem kann eine
Erziehungszeit pro Kind nur einmal und
nur von einem Elternteil beansprucht
werden. Da eines Ihrer Kinder jünger ist
als 10, kann die oben beschriebene Re-
gelung bei Ihnen angewendet werden,
und Sie haben Taggelder zugute.

Arbeitslosentaggeld II: Anrecht nach der Kinderpause?

**Vor drei Jahren habe ich meine Arbeits-
stelle aufgegeben, um für meine Kinder
(damals 4 und 3 Jahre alt) zu sorgen.
Jetzt sind beide eingeschult, und ich
möchte wieder Teilzeit arbeiten gehen.
Habe ich Anspruch auf Unterstützung
von der Arbeitslosenversicherung?**

NATASA JEVDENIC: Das Arbeitslosenver-
sicherungsrecht arbeitet mit Rahmenfris-
ten. Während der relevanten Rahmenfrist
müssen Sie während mindestens 12 Mo-
naten Beiträge in die Arbeitslosenversi-
cherung einbezahlt haben. Grundsätzlich
werden bei der Anmeldung zum Bezug
von Arbeitslosenentschädigung die letz-
ten zwei Jahre vor dem Anmeldedatum
berücksichtigt. Doch wenn sich ein Eltern-
teil der Erziehung eines Kindes gewidmet
hat, das jünger ist als 10 Jahre, wird der
berücksichtigte Zeitraum verlängert. Und
zwar um zwei Jahre für das erste Kind.
Bei jedem weiteren Kind umfasst die Ver-
längerung den Zeitraum bis zur nächsten
Geburt, längstens jedoch zwei Jahre.
Folglich kann bei Ihnen der Zeitraum der
letzten fünf Jahre berücksichtigt werden
(2 Jahre ordentliche Rahmenfrist + 2 Jah-
re Verlängerung 1. Kind + 1 Jahr Verlän-
gerung 2. Kind). Da Sie erst vor drei Jahren
aufgehört haben zu arbeiten, sind Sie so-
mit zu Taggeldern berechtigt. Zudem
könnte Sie das RAV bei der Wiedereinglie-
derung in den Arbeitsmarkt unterstützen.

Die Krankenkasse wird teurer. Was Sie dagegen tun können.

Sparen Sie Prämien – jetzt erst recht!

**Je nach Region und Krankenkasse sind Sie vom
Prämienanstieg 2023 mehr oder weniger stark
betroffen. Teurer wird's aber in jedem Fall.
Ausser, Sie nutzen Sparmöglichkeiten. work
zeigt, wie Sie die Prämienlast senken können.**

MARTIN JAKOB

**Wie erfahre ich, ob und wie
stark die Prämien bei meiner
jetzigen Krankenkasse steigen?
Und wie kann ich sie mit ande-
ren Anbietern vergleichen?**
Ihre jetzige Krankenkasse muss
Sie bis spätestens Ende Oktober
über Ihre Prämie für das Jahr 2023
informieren. Für den Vergleich
mit anderen Kassen stellt der
Bund einen Vergleichsrechner
bereit. Sie finden ihn auf www.priminfo.ch. Mit diesem Rechner
können Sie die Prämien des Folge-
jahres für alle Familienmitglieder
bei den in Ihrer Region tätigen
Kassen vergleichen. Priminfo.ch
berechnet Ihnen auch Ihr Spar-
potential, falls Sie die Kasse wech-
seln würden.

**Wie kann ich unabhängig von
der gewählten Krankenkasse
Prämien sparen?**
Indem Sie eines der Sparmodelle
wählen, die mittlerweile fast alle
Krankenkassen anbieten. Mit den
verschiedenen Modellen sparen
Sie je nach Kasse zwischen 10 und
20 Prozent. Im Gegenzug müssen
Sie hinnehmen, dass Sie keine
freie Arztwahl mehr haben. Im

**Mit Einschränkung
der Arztwahl sparen
Sie 10 bis 20 Prozent.**

Hausarztmodell verpflichten Sie
sich, bei jedem neuen Krankheits-
fall zuerst Ihre Hausärztin oder
den Hausarzt zu konsultieren, die
weiteren Schritte mit Ihnen
besprechen und Sie je nach Fall zu
Spezialärzten überweisen. Ähn-
lich funktioniert das HMO-Modell
(dort beginnt jede neue Behand-
lung mit dem Besuch der ausge-
wählten Gemeinschaftspraxis). Im
Telmed-Modell läuft der Erstkon-
takt über eine medizinische Tele-
fon-Hotline. In allen Modellen
können Sie sich aber in Notfällen
direkt in Sofortbehandlung bege-
ben, und auch gynäkologische

Vorsorgeuntersuchungen und Au-
genarztbesuche sind von der Kon-
sultationspflicht ausgenommen.

**Soll ich die Franchise
erhöhen, um die Prämie
weiter zu senken?**
Sind Sie jung und gesund, ist das
eine Möglichkeit. Erhöhen Sie Ihre
Franchise (Ihren jährlichen Selbst-
behalt) vom gesetzlichen Minimal-
betrag von 300 Franken aufs Maxi-
mum von 2500 Franken, fällt die
Jahresprämie rund 1500 Franken
tiefer aus. Ihre Kosten sinken aber
nur um diesen Betrag, wenn Sie
nie in ärztliche Behandlung müs-
sen! Sie können jedes Jahr neu und
für jedes Familienmitglied ein-
zelnen entscheiden, wie hoch Ihre
Franchise im nächsten Jahr sein
soll. Wenn Sie die Franchise für
nächstes Jahr senken wollen, müs-
sen Sie das der Krankenkasse bis
spätestens 30. November mittei-
len. Für die Erhöhung haben Sie
dagegen bis am 31. Dezember Zeit.

**Kann sich ein Kassenwech-
sel auch lohnen, wenn ich
Prämienvorbildung habe?**
Ja. Denn für die Prämienvorbildung
stellt der Kanton nicht auf die
effektiv bezahlte Prämie ab. Er
berechnet die Vorbildung aus zwei
Komponenten, nämlich aus
Ihrem Einkommen und aus einer
von Kanton zu Kanton und je nach
Prämieregion unterschiedlichen
Referenzprämie. Daraus ergibt
sich der Beitrag, den Sie zugute
haben – unabhängig von der Prä-
mie, die Sie effektiv bezahlen. Je
günstiger also die Krankenkasse,
die Sie wählen, desto geringer ist
der Betrag, den Sie selbst bezahlen
müssen.

**Sind die teureren Kassen auch
die besseren?**
Bezogen auf die versicherten Lei-
stungen nicht. Denn in der obli-
gatorischen Grundversicherung
schreibt ein Leistungskatalog ge-
nau vor, welche Behandlungen
und Medikamente von der Kasse



WORKTIPP

VORSICHT BEIM WECHSEL DER ZUSATZ- VERSICHERUNG

Zusatzversicherungen unterliegen
nicht dem Krankenversicherungs-
gesetz (KVG), sondern dem Privat-
versicherungsrecht. Folgendes ist
deshalb für Sie wichtig zu wissen:
● Sie können die Grundversicherung
bei einer anderen Kasse haben als
die Zusatzversicherungen. Praktisch
ist das aber nicht.
● Zusatzversicherungen haben
andere Kündigungsfristen. Schauen
Sie in Ihrer Police nach.
● Holen Sie für Zusatzversicherun-
gen immer Offerten ein und verglei-
chen Sie sie kritisch.
● Seien Sie vorsichtig beim Kündi-
gen Ihrer bisherigen Zusatzversiche-
rung. Denn: Sie einmal einen Unfall
oder eine längere Krankheit,
kann es sein, dass die neue Kasse
Sie ablehnt. Ihre bisherige Kasse
muss Sie nicht mehr aufnehmen,
wenn Sie schon gekündigt haben. Im
dümmsten Fall stehen Sie dann
ohne die gewünschte Zusatzversiche-
rung da. Mehr zum Thema hier:
rebrand.ly/zusatzversicherung.

übernommen werden müssen. Die
Preisunterschiede ergeben sich
vielmehr durch unterschiedliche
Organisationsstrukturen und Ver-
waltungsaufwände, insbesondere
aber durch die Unterschiede im
Versichertenbestand. So sind Kas-

sen, deren Versicherte ein höheres
Durchschnittsalter haben, in der
Regel teurer als solche mit jüngerem
Bestand. Im Vergleich der
Kundenzufriedenheit schneiden
teurere Kassen im Mittel nur
leicht besser ab. Die Ergebnisse der
jüngsten Umfrage des Vergleichs-
portals Moneyland zur Kundenzu-
friedenheit mit den Krankenkassen
finden Sie hier: rebrand.ly/kassenzufrieden.

**Wenn ich die Krankenkasse
wechseln möchte: muss ich bei
der neuen Kasse eine vertrau-
ensärztliche Untersuchung
über mich ergehen lassen?**
Nein. Jede Krankenkasse muss Sie
in die obligatorische Grundversi-
cherung vorbehaltlos aufnehmen.
Auch bei bestehenden gesundheit-

lichen Problemen können Sie die
Kasse jedes Jahr wechseln. Anders
ist das bei der Zusatzversicherung
(siehe worktipp). Diese ist nicht ob-
ligatorisch. Entsprechend sind die
Kassen nicht verpflichtet, Sie auf-
zunehmen.

**Wie und mit welchen Fristen
läuft ein Kassenwechsel ab?
Und wie ein Wechsel von Fran-
chise oder Behandlungsmodell?**
Kassenwechsel: Nachdem Sie von
Ihrer jetzigen Krankenkasse erfah-
ren haben, welche Prämie Sie Ih-
nen 2023 berechnen will, haben
Sie ein paar Wochen Zeit für Ihren
Entscheid. Wollen Sie zu einer an-
deren Kasse wechseln, müssen Sie
den Vertrag mit der bestehenden
Kasse schriftlich, vorzugsweise per
Einschreiben, kündigen. Senden

den Brief vorsichtshalber spä-
testens am 20. November ab (vom
Bund gibt's ein praktisches Formu-
lar dazu: rebrand.ly/kkkuenden).
Melden Sie sich gleichzeitig bei

**Falls Sie die Kasse
wechseln, müssen Sie
schriftlich kündigen.**

der neuen Kasse an (das Formular
dazu: rebrand.ly/kkanmeldung).
Wechsel von Franchise oder
Behandlungsmodell: Wollen Sie
bei der jetzigen Kasse bleiben, aber
Ihre Franchise für 2023 erhöhen,
können Sie ihr das bis Ende Jahr
schriftlich mitteilen. Der Wechsel
zu einem Modell mit einge-
schränkter Arztwahl ist jederzeit
möglich.

GESUNDHEITSWESEN

WARUM DIE KOSTEN STEIGEN

Das Schweizer Gesundheits-
wesen wird teurer und teurer. Die
Durchschnittsprämie der obliga-
torischen Krankenversicherung
stieg seit deren Einführung 1996
stetig – sechsmal schneller als
die Löhne! Eine wichtige Rolle
für das Kostenwachstum spielt
die Altersstruktur. Die Lebens-
erwartung hat sich erhöht, und
der Anteil der Älteren, die über-
durchschnittlich viele Gesund-
heitsleistungen beziehen, nimmt
weiter zu. Ausserdem entwickelt
die Forschung laufend neue
Methoden, die Investitionen da-
für – plus satte Gewinne – wer-
den über Tarife und Preise durch
die Patientinnen und Patienten
finanziert. Auch die Erwartungen
an die Betreuungsqualität sind
höher geworden: Die Personal-
aufwände steigen.
Die Politik feilscht mit der Ge-
sundheitsbranche verbissen um
Kostendämpfung. Überwiegend
vergeblich. Denn: Erstens wagt
es zu Recht niemand, messer-
scharfe Kosten-Nutzen-Erwägun-
gen anzustellen. Menschenleben
sind mit allen verfügbaren Mit-
teln zu erhalten. «Whatever it
takes». Zweitens bleibt es ein
Tabu, Gesundheitsleistungen von
der Finanzkraft eines Menschen
abhängig zu machen – dann hät-
ten wir die Zweiklassenmedizin,
die es zu verhindern gilt.

GEGENKRÄFTE. Umso dringlicher
bleibt die Aufgabe, die Kosten
auch für wenig verdienende
Haushalte erträglich zu machen.
Die Gewerkschaften unterstüt-
zen die Initiative der SP welche
die Belastung der Haushalte
durch Kassenprämien auf zehn
Prozent des Einkommens redu-
zieren will. Unterstützenswert ist
auch der Brief an 40 mit Pharma
und Krankenkassen verbandelte
Parlamentsmitglieder, den Public
Eye wegen der fehlenden Trans-
parenz bei Medikamentenprei-
sen aufgesetzt hat. Sie können
den Brief mitunterschreiben:
rebrand.ly/pharmadeals.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



SICHER IST SICHER: Die Verschlüsselung macht Daten für Dritte unlesbar. FOTO: ISTOCK

So schützen Sie Ihre Fest- platte vor Datendieben

Festplatten sollten verschlüsselt werden, um sie vor dem
Zugriff Dritter zu schützen. Beim weitverbreiteten Betriebs-
system Windows Home können Sie dies mit dem Programm
Veracrypt (rebrand.ly/veracrypt) tun. Und zwar so:

Erstellen Sie ein Backup Ihres Computers. Öffnen Sie das Vera-
crypt und klicken Sie auf «Volumen erstellen». Dann «Eine
System-Partition bzw. ein System-Laufwerk verschlüsseln» aus-
wählen und dreimal «Weiter» klicken. Danach «Ein Betriebs-
system» auswählen und «Weiter» klicken. Übernehmen Sie
beim Konfigurieren der Verschlüsselungs-
art die Standardeinstellungen. Wählen
Sie ein starkes Passwort und bewahren
Sie dieses sicher auf. Jetzt fahren Sie ein-
fach 30 Sekunden mit dem Mauszeiger
auf dem Bildschirm herum. Sobald der Balken unter dem Titel
«Durch Mausbewegungen gesammelte Entropie» grün ist,
klicken Sie zweimal «Weiter». Die Verschlüsselung ist erstellt.

DATENRESERVE. Nun erstellen Sie einen sogenannten Rettungsda-
tenträger. Gibt es Probleme mit der Verschlüsselung, können Sie
jederzeit darauf zugreifen. Stecken Sie einen leeren USB-Stick ein
und formatieren Sie diesen (Rechtsklick auf den Stick, «Formatie-
ren...» auswählen). Als Dateisystem «FAT32 (Standard)» wählen).
Klicken Sie im Veracrypt-Fenster auf «Weiter». Im Dokumen-
tenordner entsteht eine Zip-Datei. Kopieren Sie diese auf den
Stick und entpacken Sie sie. Es erscheint ein Ordner namens
«EFI». Den USB-Stick aus- und einstecken und «Weiter» klicken
bis zu «Systemverschlüsselungsvortest». Lesen Sie die Instruk-
tionen und wählen Sie «Test». Möglicherweise startet das
Gerät neu. Ist alles geprüft, bei Verschlüsselungsart auf
«Schnell» klicken und den Vorgang starten. Dieser kann
einige Stunden dauern. Sie sollten den Computer während
dieser Zeit weder benutzen noch ausschalten.

CHRISTIAN BIRMELE

Die Firmenkongresse nehmen zu – Was tun, wenn das Geschäft Pleite macht?

**Geht einer Firma das Geld
aus, sind auch die Löhne
gefährdet. Die Insolvenz-
entschädigung bietet den
Arbeitenden einen Schutz –
allerdings einen limitierten.**

MARTIN JAKOB

Der Gläubigerverband Credit-
reform führt seit Jahrzehnten
eine Konkursstatistik. Jetzt sagt
er fürs laufende Jahr einen
neuen Rekord für Firmenkong-
resse voraus. Bis August 2022
sind nämlich bereits 4341 Un-
ternehmen zahlungsunfähig
geworden. 37 Prozent mehr als
im Vorjahr. Spätfolgen der Co-
ronakrise, Probleme in der Lie-
ferkette und die Teuerung seien
die Hauptgründe für diese Ent-
wicklung. Der Konkurs einer
Firma trifft ihre Mitarbeitenden
mit Wucht: Nicht nur geht

der Job verloren, meistens sto-
cken auch die Lohnzahlungen
und bleiben zuletzt ganz aus.

VIER MONATE LOHN. In Ihrem
Beitrag an die Arbeitslosenver-
sicherung ist eine gewisse Absi-
cherung gegen die Zahlungsun-
fähigkeit der Firma enthalten.
Sie heisst Insolvenzentschädigung
und deckt Ihre offenen
Lohnforderungen für maximal
vier Monate, zurückgerechnet
von der Eröffnung des Konkurs-
ses. Der 13. Monatslohn, fix ver-
einbarte Spesen, Ferien und Fei-
ertagsentschädigungen werden
angerechnet und die Sozialver-
sicherungsbeiträge abgezogen.
Geht Ihr Arbeitgeber kon-
kurs, können Sie bei der Ar-
beitslosenkasse ein Gesuch um
Insolvenzentschädigung einrei-
chen. Dies müssen Sie innert

60 Tagen nach der Veröffent-
lichung des Konkurses oder der
Nachlassstundung tun.

Damit Sie Ihren Anspruch
auf Insolvenzentschädigung
durchsetzen können, müssen
Sie nachweisen, dass Sie sich
zuvor selbst um Lohnzahlung
bemüht haben. Mahnen Sie die
Firma deshalb schriftlich per
Einschreiben, wenn Sie Ihren
Lohn nicht zum üblichen Ter-
min bezahlt bekommen. Sollte
Ihr Lohn weiterhin ausstehen,
wenden Sie sich an die Unia in
Ihrer Region, um die nächsten
Schritte zu besprechen (siehe
Text rechts: «Rat holen»).

AHV UND PENSIONSASSE. Geht
eine Firma konkurs, kann es
auch sein, dass sie die Beiträge
an die Sozialversicherungen
nicht mehr ordnungsgemäss

eingezahlt hat. Fürs Inkasso bei
der Firma sind die Ausgleichs-
und Pensionskassen zuständig.
Kann die AHV nicht alle Bei-
träge eintreiben, werden Ihnen
dennoch die vollen Beiträge ge-
mäss Ihren Lohnausweisen gut-
geschrieben. Falls Sie sicher
sein möchten, dass Ihnen die
AHV-Beiträge in korrekter Höhe
vergütet worden sind, können
Sie bei der Ausgleichskasse
jederzeit einen Kontoauszug
bestellen. So gehen Sie vor:
rebrand.ly/sozialversicherungs-konto.
Behalten Sie Ihre Lohnab-
rechnungen und Bankauszüge,
um eventuell Nachforderungen
dokumentieren zu können.

Bei der Pensionskasse
deckt ein Sicherheitsfonds all-
fällig entstandene Vorsorge-
lücken. Kommt es allerdings in-
folge des Konkurses zu einer

sogenannten Teilliquidation
der Kasse, kann es für Versi-
cherte mit Guthaben aus über-
obligatorisch geleisteten Ab-
zahlungen zu Verlusten kommen.

NACH DEM KONKURS. Geht eine
Firma konkurs, enden Arbeits-
verhältnisse damit nicht auto-
matisch. Die Insolvenzentschä-
digung sichert Löhne aber nur
bis zur Konkursöffnung.
Wenn Sie also weiterhin für die
Firma tätig bleiben, verlangen
Sie die Sicherstellung Ihres
künftigen Lohns, zum Beispiel
auf einem Sperrkonto, und set-
zen Sie dafür eine kurze Frist
von drei Tagen bis zu einer Wo-
che. Erfolgt die Sicherstellung
nicht, können Sie fristlos kün-
digen. Melden Sie sich in die-
sem Fall sofort bei der Arbeits-
losenkasse.

**BEI LOHNZAHLUNGS-
VERZUG**

RAT HOLEN!

Verspätete Lohnzah-
lung sollten Sie auf
keinen Fall hinnehmen.
Von Gesetzes wegen
haben Sie verschie-
dene Möglichkeiten –
von der schriftlichen
Mahnung über eine vor-
übergehende Arbeits-
niederlegung bis zur
Einreichung einer Klage
und zur fristlosen Kün-
digung. Alle diese
Massnahmen haben
bei laufenden Arbeits-
verträgen ihre Risiken.
Nehmen Sie deshalb
immer zuerst die Be-
ratung Ihrer Unia-
Region in Anspruch!

Schweizweit ab 10. Oktober: Gratis zur Covid- Auffrischimpfung

**Die Coronaviren sind
weiter im Umlauf. Dem-
nächst beginnt die herbst-
liche Impfkampagne.**

Das Schlimmste scheint fürs
erste vorbei. Das Virus bleibt
aber aktiv und ist in der Omi-
kron-Variante sogar deutlich
ansteckender als frühere Vari-
anten. Weil aber mittlerweile
fast alle infolge Impfung oder
nach Genesung Antikörper im
Blut haben, kommt es weniger
oft zu schweren Erkrankungen.

KOSTENLOS. Für den Herbst
rechnen die Epidemiologen
mit einem Anstieg der Infekti-
onen. Am 10. Oktober startet nun
eine neue Impfkampagne. Ab
dann können Personen ab 16
Jahren eine kostenlose Auf-

frischimpfung erhalten. Zum
Einsatz kommen die bisherigen
Impfstoffe sowie ein neuer, an
die Omikron-Variante ange-
passer Impfstoff. Zum Zeit-
punkt der Auffrischimpfung
muss die letzte Impfung oder
Infektion mindestens vier Mo-
nate zurückliegen. Weiterhin
kostenlos ist auch die Grund-
impfung für jene Personen, die
bisher auf einen Impfschutz

**Die letzte Impfung
oder Infektion muss
vier Monate her sein.**

verzichtet haben. Für die Imp-
fungen sind die Kantone zu-
ständig. Die Kontaktdaten
finden Sie mit diesem Link:
rebrand.ly/coronakantone. (jk)

workrätsel 3 Coop-Gutscheine à je Fr.100.– zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen einen guten Einkauf!



LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 15
Das Lösungswort lautete: STREIKWELLE

A	S	T	R	O	M	H	U	M	A	N	M	E	D	I	Z	I	N
S	A	F	E	S	O	A	B	G	A	S	C	H	E	S	K	I	
M	I	T	F	L	F	R	O	N	T	U	A	S	Y	L	E		
S	F	I	A	L	A	S	Z	E	C	H	E	A					
T	R	O	G	Y	S	O	L	A	R	O	M	U	T				
E	B	E	S	E	N	R	P	R	E	I	S	E					
B	A	E	H	L	E	R	I	W	E	B	E	N	T	A			
M	I	R	R	I	N	N	E	N	G	A	T	E	M				
O	B	G	E	R	N	E	S	B	E	S	S	E	R				
R	E	S	E	T	N	A	P	R	I	L	O	E	I				
H	I	N	L	K	E	H	R	E	Z	U	Z	W	I	L			
T	R	A	S	U	R	C	L	A	E	R	I	L	A				
B	E	L	A	G	R	E	C	H	T	E	R	A	A	L	E	N	
R	T	E	N	S	I	D	E	B	R	I	L	L	A	N	Z		

DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im Hotel Bern in Bern, hat gewonnen: Erika Bieri, Thun. Herzlichen Glückwunsch!

Vor- fahren (veraltet)	↘	Bruder v. Vater oder Mutter	↘	Ort mit Flug- platz im Kt. OW	↘	poet.: flaches Wiesen- gelände	Zürcher Fuss- ballclub	peint. Vorfall, Skandal	↘	3./ 4. Fall von wir	Leck, Lücke	auf- stehen: sich ...	↘	noch nicht benutzt	männl. Fürwort	Indus- triestadt in West- finnland	↘	Ab- schie- dungs- gruss
↗										... kenne deine Rechte!	↗							
Basis, Ur- sprung Mz.		frucht- bare Wüsten- stellen		Eis- hockey- scheiben	6					Scheren der Schafe		helden- hafter Mann	↗					sächl. hinwei- sendes Wort
... rauf!	↗						Raub- tier- horde		zurück- haltend, ängst- lich	↗				8	Comic- figur (Charlie)		Stein- obst	↗
Gelände- vertie- fung	↗			Roman v. Karl May †: Der ...		amerik. Farm	↗					Kult- hand- lungen	↗		Velo (engl.)			
sächl. Fürwort	↗		10	Pfad- finder (engl.)	↗				Waren- gestell		Kehr- reim	↗				3		
wohl- habend	↗					Sternbild		roter Edel- stein	↗					9	sämige Speisen- beigabe	ital. Tonbez. für das D		
↗				schweiz. Theo- loge † (Hans)		Stoff- wechsel- organ	↗				Abfall- lager- platz		fördert die Berufsmei- terschaf- ten: ...Skills	↗			1	
Fluss im Engadin	↗	von ei- ner Jury vergebe- ne Preise		runder geometr. Körper				Skirenn- sport- disziplin		Fakul- tätswor- steher	↗					urbi et ...		Disney- figur (Maus)
vordring- lich, eilig	↗					2	Zurück- setzen eines PC		äussern, mit- teilen	↗					Einhand- ruder	dt. Physiker † 1854		5
Mitarbei- ter der Kriminal- polizei	↗		Körper- hülle		echt, wirklich	↗					Gebäck: ...kuchen		lauter Hilferuf	↗			7	
↗								Kosmos, Welt- raum		gewell- tes Haar- büschel	↗			4		Initialen d. phant. Malers Giger †	Bahn im Kt. GR	
alter Klavier- jazz (Kw.)	↗			Zch. f. Cadmium		Film von Ridley Scott (1979)	↗					scherzh.: US- Soldat			Teil des Zentral- nerven- systems			
vertraute Anrede	↗			grosses Streich- instru- ment	↗				erste Schweizer Bundes- richterin †	↗						kurzer engl. Gruss		
grosse Ort- schaft	↗					Landes- mantel- vertrag (Abk.)	↗				dt. Vorsilbe: schnell	↗			Darge- brachtes			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 14. Oktober 2022

INSERAT

Arbeitsbedingungen
nicht nur mehr Personal

Mehr Respekt
von der Politik
für den Pflegeberuf!

Grosse Pflegeaktion in Bern

Samstag, 26. November Melde dich jetzt an!



Reise in die Vergangenheit

WANN 9. Juni 2022
WO Palermo, Italien
WAS Fotostudio im Freien mit traditioneller Fototechnik
Eingesandt von Richard Nussbaumer, Zürich

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 15 / 16.9.2022:
«50-STUNDEN-WOCHEN? DAS KÖNNEN SIE GRAD VERGESSEN!»

Büezer auspressen wie Zitronen

Bei den immer wiederkehrenden Verhandlungen zum Bau-Landesmantelvertrag zeigt sich exemplarisch: deshalb braucht es die Gewerkschaften! Ansonsten würden die Herren und Frauen Meister die Büezer doch einfach auspressen wie Zitronen, ganz nach ihrem Gusto und ohne Rücksicht darauf, dass auch Bauarbeiter Familien haben und ein Recht auf Freizeit.

ANNA SIEGENTHALER, PER MAIL

Sich nicht alles bieten lassen

Bravo! Es ist nur richtig und wichtig, dass die Bauleute sich von den Chefs nicht alles bieten lassen. Wenn es zum Streik kommen sollte, haben die Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter meine volle Unterstützung.

CLAUDIO ROSSI, PER MAIL

WORK 15 / 16.9.2022: SWISS SKILLS: SPANNUNG, FREUDE UND EIN FUNKCHEN MAGIE

Spannende junge Berufsleute

Sehr schön, dass work auch mal jungen Berufsleuten das Wort gibt! Und Gratulation den Gewinnerinnen und Gewinnern!

SANDRA MÜLLER, PER MAIL

WORK 15 / 16.9.2022:
500 FRANKEN WENIGER IM MONAT

Rauf mit der AHV!

Die AHV und die IV hätten eigentlich vor Jahren schon angepasst werden sollen! Zudem ist es erbärmlich von der Schweiz, dass sehr viele Menschen Ergänzungsleistungen beziehen müssen. Zumindest wird auf diese Weise ein Ausgleich ausgerichtet, jedoch müssen die EL zurückbezahlt werden, falls mal was an Erbe oder Vermögen geschaffen wird. Die AHV und die IV müssten im Rechtsstaat Schweiz eigentlich so ausgerichtet werden, dass man im Minimum ein bescheidenes Leben führen kann, auch ohne EL! Es wird über das Grundeinkommen diskutiert! Warum nicht die AHV und die IV bedingungslos ergänzen, so dass es von der AHV 2500 bis 3000 Franken pro Monat gibt und der Rest vom Bund und von den Kantonen bedingungslos ergänzt wird. Der Staat würde selbst sehen, dass es den älteren Menschen so bessergehen würde, was auch die Politik stärken kann. Weil glückliche Menschen auch abstimmen und sich mehr in Gesellschaft aufhalten, was der Vereinsamung älterer Menschen entgegenwirken kann – im Hochpreisland Schweiz, in dem sich der Staat über diverse Steuern eine goldene Nase verdient, jedoch die Alten und Kranken leiden lässt.

LEX VLAY, VIA WORKZEITUNG.CH

Nachholbedarf

Im der letzten work-Zeitung las ich einen Leserbrief mit der Überschrift «Aufklärung

nötig». Ja, diese ist dringend notwendig. Notwendig ist es auch, Menschen zum Selbständigdenken anzuregen. Es ist ja so, dass in den meisten Abstimmungen und Wahlen Arbeitnehmer gegen ihre eigenen Interessen abstimmen und wählen. Dass am Ende Parteien, die arbeitnehmerfeindlich agieren, gewählt werden, müsste zu denken geben. Die bürgerliche Politik von «Brot und Spielen» scheint aufgegangen zu sein. Andererseits gibt es die Hurratrioten und Freiheitsschwurbler, die wegen des Gases und des Öls Putin in den Hintern kriechen. Das sollte doch auch zu denken geben. Und SPler, die auf der Privatisierungswelle ritten, haben das Vertrauen von Arbeitnehmern auch nicht gerade gefördert. Solidarität scheint ein Fremdwort geworden zu sein. Es besteht ein Nachholbedarf in Sachen Aufklärung.

PAUL BIND, PER MAIL

WORK 15 / 16.9.2022:
UNIA-ANWALT ENTLARVT SMOOD-MANÖVER

Smood muss jetzt endlich bezahlen!

Es ist wirklich eine Saumode, dass Unternehmen glauben, sich mit Subunternehmen aus der Verantwortung ziehen zu können. Und immer auf dem Buckel der Büezer. Smood muss jetzt endlich geradestehen und die Fahrerinnen und Fahrer bezahlen!

ILONA FINK, PER MAIL

Pfui Migros!

Dass die Migros den Fahrdienst Smood unterstützt, ist einfach nicht okay. Pfui Migros!

LOREDANA ALTAMIRANO, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.leserbrieftage.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



VALENTINA MATTI
ZOO-LEBEN

Im Moment lernt Valentina Matti den Afrika-Dienst: Zebras, Flusspferde, Strausse. Zwanzig Mal muss sie ihn mit einem erfahrenen Kollegen absolvieren, danach darf sie für diese Tiere die Verantwortung übernehmen. Für drei Dienste ist sie bereits qualifiziert: das Vogelhaus, den Kinderzoo mit Lama, Esel und Ponys sowie den Dienst mit Javaneraffen, Schnee Leoparden und Seelöwen. Total kennt der Zoo Basel 26 solche Dienste – «aber wir lernen nur vier oder fünf, mehr ist nicht sinnvoll».

FAMILIENZEIT. Ihr Arbeitstag dauert von viertel nach sieben bis nachmittags um fünf, mit anderthalb Stunden Mittagspause. Nach vier Tagen Arbeit oder Berufsschule am Stück hat sie jeweils einen oder zwei Tage frei. Dienst am Wochenende gehöre dazu: «Das ist eine Frage der Einstellung.» Auch in der Freizeit ist sie gern draussen: Wandern, Skifahren, Schlittschuhlaufen. Oder sie verbringt Zeit mit ihrer Familie in der Westschweiz. Und wen wundert's: In den Ferien geht sie wenn immer möglich einen Zoo besuchen. Besonders beeindruckt habe sie der «Zoo de la Flèche» im Westen Frankreichs.



Valentina Matti (22) weiss, bei den Affen muss sie die Chefin markieren

«Ihren Respekt muss man sich verdienen»

Ob Seehunde, Schnee Leoparden oder anhängliche Affen: Tierpflegerin Valentina Matti bleibt cool. Mehr Bauchweh als die Tiere machen ihr gewisse Zoogäste.

CHRISTIAN EGG | FOTOS STEFAN BOHRER

Die Zwetschgen sind halbiert, die Körner gemischt: alles bereit für die 50 Javaneraffen. Tierpflegerin Valentina Matti marschiert los zum Affenfelsen, heute zusammen mit einem Volontär: Der junge Mann wird zwei Wochen die Arbeit im Zoo kennenlernen – ein wichtiger Schritt zu einer der begehrten Lehrstellen im Basler Zolli. Heute ist sein erster Tag. Bevor es losgeht, instruiert sie den Jugendlichen. «Wenn dir ein Affe auf die Schulter klettert und du ihn verschrecken willst: nicht mit der Hand berühren! Sonst kommen die Grossen, dann wird's gefährlich.» Sie zeigt vor, wie er mit ruckartigem Bewegen des Oberkörpers die Affen wieder abwer-

fen kann. Und tatsächlich: Kaum betreten die zwei das Gehege, hockt dem Volontär schon ein Affe auf der Schulter. «Eeh!» macht der und neigt sich etwas zaghaft zur Seite. Den Affen kümmert das nicht. Matti wirft derweil eine Handvoll Zwetschgen hoch auf den Felsen, eine Ladung Körner in die Holzschnitzel am Boden. So können die Tiere später ihre Nahrung selber suchen.

MÄDCHENTRAUM. Der Volontär schaut etwas verzweifelt. «Der will nicht weg!» ruft er. Da stapft Matti auf ihn zu. Mit einem lauten «Hel!» und einer gekonnten Bewegung des Futterbeckens verschucht sie den ungebeten Gast. Später sagt sie: «Wenn ich zu den Affen reingehe, muss ich der Big Boss sein. Aber diesen Respekt muss man sich erarbeiten.» Das Füttern sei nur der kleinste Teil ihrer Arbeit. Die meiste Zeit verbringe sie mit Putzen. Also doch kein Traumberuf? Für sie schon, sagt die 22jährige mit der Kurzhaar-

frisur und lacht: «Wir Zooleute lieben es, in der Kacke zu stehen. Wenn wir voll sind mit Affenkot, sagen wir nicht «wäh!», sondern «wow!» Wer am Dreck keine Freude habe, sei in dem Job fehl am Platz.

Sie ist hier richtig, das weiss Valentina Matti schon lange. Aufgewachsen in La Chaux-de-Fonds im Kanton Neuenburg, war sie bereits als kleines Kind von Tieren fasziniert. Mit neun Jahren machte sie Ferien bei ihrer Tante in Riehen bei Basel. Nach einem Zoobesuch war klar: Da will sie wieder hin. «Von da an wollte ich in den Schulferien immer nur eines: im Kinderzoo bei der Tierpflege helfen.» Und das tat sie. Sieben Jahre lang. Mit 16 machte sie ein zweiwöchiges Volontariat, half an den Wochenenden als Freiwillige, pflegte den Kontakt zu den Zoo-Verantwortlichen. Aber gleich nach der Schule eine Tierpflegerin-Lehre, das gibt's im Zoo Basel nicht. Eine Chance hat nur, wer bereits einen Abschluss vorweisen kann, vorzugs-



FÜTTERUNG: Matti kümmert sich mit Leidenschaft um ihre wilden Schützlinge. Zu denen zählen auch Javaneraffe Shumpa (im Bild rechts) und ein aufgeweckter Steinkauz.

weise in einem handwerklichen Beruf. So kann er oder sie bei Bedarf auch in den Werkstätten des Zoos eingesetzt werden. Also machte Matti eine Malerinnenlehre, bewarb sich dann beim Zoo. Im vergangenen Sommer klappte es. Wenn alles nach Plan läuft, hat sie in knapp zwei Jahren ihren zweiten Lehrabschluss in der Tasche.

STOLZE TIERE. Hat sie im Zoo ein Lieblingstier? Keine Frage: «Die Seelöwen. An denen habe ich mega Freude.» Das zeigt sie beim Füttern der Tiere: Da gibt's nicht nur Fische, sondern zwischendurch einen Ball, den ihr die Tiere wieder zurückwerfen. Dann rennt die Tierpflegerin plötzlich halb um das Becken, lockt sie auf die Podeste am Ufer, streichelt sie, animiert sie zu Übungen. Ein paar Hundert Kinder und Erwachsene verfolgen die Show. Nicht zum Streicheln sind die Schnee Leoparden: «Da ist immer ein Gitter zwischen mir und den Tieren.» Einen Bezug zu den Raubkatzen hat sie trotzdem, spricht sie an, kennt ihre Macken und ihre Lieblingsplätze: «Schau, da oben auf dem Felsen ist das Junge!»

Richtig anstrengend sei ein Arbeitstag an einem Sommerwochenende. Wegen der vielen Besucherinnen und Besucher? «Wegen denen, die meinen, die Regeln gelten für sie nicht.» Und etwa die Tiere füttern. Obwohl überall Schilder warnen, dass dies für die Tiere lebensgefährlich sei. Dann ist es Mattis Job, die Gäste an das Verbot zu erinnern. Natürlich freundlich, «denn wir sind das Gesicht des Zoos. Aber wenn du das am Tag zehnmal sagen musst, vergeht dir irgendwann das Lächeln.» Oder dieser eine Besucher neulich. «Der kam völlig aufgelöst zu mir, sein Autoschlüssel sei im Affengehege.» Klar: Er hatte vor den Affen mit dem silbrigen Ding gespielt, das Tier war flinker als gedacht. Matti grinst und erzählt, sie habe ihn ein bisschen zappeln lassen. «Ich sagte ihm zuerst, die Affen spielen mit etwas, bis es kaputtgeht.» Natürlich holte sie dann den Schlüssel – ganz. «Ich glaube, er hat seine Lektion gelernt.»

Neben dem Kontakt mit den Tieren gefalle ihr der Beruf auch, weil sie mit den Händen arbeiten könne. «Und weil ich draussen bin statt in einem Zimmer eingesperrt.» Am schönsten fände sie immer den Start am Morgen, bevor die ersten Besucherinnen und Besucher kämen. «Dann kann ich in Ruhe schauen, wie es den Tieren geht.» Um 17 Uhr ist Feierabend. Der Weg zur Garderobe führt noch einmal am Affenfelsen vorbei. Ein halbes Dutzend der Tiere ist am Gitter hochgeklettert, um die Menschengruppe genau zu beobachten, die davorsteht. Eine Frau streckt den Arm aus. Matti reagiert resolut: «Tschuldigung! Nicht berühren, bitte.» Er tappt zieht die Frau ihren Arm zurück.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch
Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Niklas Franzen, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Johannes Supe, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Sella, ninasella@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrekturat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallil (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch
Anzeigenmarketing Fabienne Jallil, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–
Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.